

- | | |
|---|--|
| 1 Schweizer Banken investieren in Atomwaffenfirmen | 10 Ueli Wildberger: Mein Weg zur Gewaltfreiheit |
| 3 Appell zur Verteidigung der EMRK | 14 Die Friedensfrauen der Casamance |
| 5 Zum Atomwaffen-Finanzierungsverbot im KMG | 18 Zum Friedensnobelpreis an Malala Xousafzai |
| 8 Alternativen zur militärischen Bekämpfung des IS | 20 Vor 25 Jahren: Demokratische Unterrichtsstunde |

Neue Studie zur Finanzierung von Atomwaffenproduzenten durch Schweizer Banken

Schweizer Banken investierten 2014 5,2 Milliarden \$ in Atomwaffenfirmen

Schweizer Banken investierten in diesem Jahr nicht weniger als 5,2 Milliarden Dollar in Firmen, die an der Atomwaffenproduktion beteiligt sind. Der neueste Report «Don't Bank on the Bomb» der Friedensorganisationen PAX und ICAN vermeldet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 380 Millionen Dollar. Hauptförderer der Rüstungsfirmen: Die UBS und die Credit Suisse. Eine schweizerische Studie untersucht dazu ergänzend die Rolle des Kriegsmaterialgesetzes, das solche Finanzierungen eigentlich unterbinden sollte.

/ Peter Weishaupt /

Schon zum dritten Mal publiziert die in Genf ansässige Organisation ICAN (International campaign to abolish nuclear weapons) in Zusammenarbeit mit der niederländischen Friedensorganisation PAX einen Report zu den internationalen Finanzinvestitionen in Unternehmen, die an der Produktion von Atomwaffen direkt oder indirekt beteiligt sind. Der Anfang November 2014 erschienene Bericht weist für die letzten vier Jahre über 400 Milliarden Dollar aus, die von Banken und Finanzinstituten in Firmen investiert wurden, die für den Unterhalt und die Erneuerung der Atom-

waffenarsenale der USA, Grossbritanniens, Israels, Indiens und Frankreichs tätig sind. Für den schweizerischen Finanzplatz listet der Report für das Jahr 2014 rund 5,239 Milliarden Dollar auf, die mittels Aktienpaketen, Darlehen etc. in globale Mischkonzerne wie etwa der hauptsächlich Flugzeuge herstellende europäische Airbus oder die amerikanische Boeing sowie in grosse Rüstungsfirmen investiert worden waren.

Hauptinvestoren waren, wen wundert's, die beiden Schweizer Grossbanken UBS mit rund 3,7 Milliarden Dollar und die Credit Suisse mit rund 1,4 Milliarden Dollar, aber beispielsweise auch die Swisscanto, ein Gemeinschaftsunternehmen der Kantonalbanken, die Aktien der französischen Firma Safran

halten, die Teilkomponenten für Trägersysteme von Atomwaffen produziert. Insgesamt werden sieben Finanzinstitute aufgeführt, drei mehr als im Vorjahr. Gegenüber 2013 stiegen solche Investitionen in atomwaffenproduzierende oder -unterhaltende Unternehmen oder um Zuliefererfirmen um 380 Millionen Dollar an.

Untersuchung zum Finanzierungsverbot im Kriegsmaterialgesetz

Nun wurde aber im Frühjahr 2013 mit den neuen Artikeln 8b und 8c ein Finanzierungsverbot von atomaren und anderen hierzulande verbotenen Waffen wie etwa Streumunition ins Kriegsmaterialgesetz aufgenommen. Das Verbot umfasst sowohl die direkte Finanzierung von Atomwaffen, z.B. für den Bau einer Atomrakete, als auch die indirekte, etwa die Beteiligung an einer Gesellschaft, die Atomwaffenteile produziert. Wir haben darüber vor einem Jahr in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 7 vom Dezember 2013 einen grossen Schwerpunkt publiziert («Aufruf zum Rückzug der Banken aus Investitionen in Atomwaffen»). Inzwischen hat sich die von jungen StudentInnen gegründete BHRC (Business

Fortsetzung Seite 2



Waffenregistrierung: Langandauerndes Geknorze

An ihrer Sitzung vom 18. November 2014 hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates beschlossen, keine Zivildienstleistenden zur Unterstützung des Lehrpersonals an Schulen zuzulassen («Dies würde eine Büchse der Pandora öffnen und sich in Zukunft zweifelsohne als problematisch erweisen») sowie mit Stichentscheid des Präsidenten und Kampfpiloten, Thomas Hurter (SVP) eine parlamentarische Initiative zu prüfen, wonach der Zeitpunkt, an dem ein Zivildienstgesuch eingereicht werden kann, einzuschränken, d.h. dies soll nur noch bei der Rekrutierung und nicht mehr auch während des Militärdienstes möglich sein. So weit so schlecht.

Die Kommission beantragt aber auch mit der äusserst knappen Mehrheit von 13 zu 12 Stimmen, für alle bisher noch nicht registrierten Schusswaffen von Privatpersonen eine Anmeldepflicht vorzusehen, eine sogenannte Nachregistrierung. Entgegen dem Bundesrat will das Gremium die Frist dafür aber von einem Jahr auf vier Jahre ausgedehnt haben. So weit so schlitzohrig. Denn pressieren tut es den bürgerlichen Ratsmitgliedern gar nicht damit, obwohl die Kommission selbst nach diversen schweren Morden und Massakern mit Schusswaffen vor einem Jahr eine Motion zur Einführung einer (nachträglichen) Registrierung angeregt hatte.

Ihre RatskollegInnen, die sich schon etliche Jährchen mit einem schweizerischen Waffenregister herumgeschlagen und dieses erfolgreich auch gebodigt hatten, zeigten aber Lust auf ausgedehnte Slalomfahrten und stimmten einer Nachregistrierung in der Herbstsession 2013 erst einmal äusserst knapp zu, nur um im März dieses Jahres die ganze Übung mit 98 zu 76 Stimmen wieder abzublasen. Aber weil Bundesrätin Simonetta auf einer Revision beharrte, die auch eine bessere Vernetzung der kantonalen Register und einen besseren Informationsaustausch zwischen den Behörden beinhaltet, musste sich die Kommission jetzt wieder damit befassen. Ihr knapper Entscheid deutet darauf hin, dass das Plenum voraussichtlich im nächsten März den Salto wieder rückwärts schlagen könnte.

Fortsetzung von Seite 1

and Human Rights Conform) der Frage angenommen, wieso trotz klarer Vorgabe des Kriegsmaterialgesetzes (siehe Kasten auf Seite 5) behördlicherseits keinerlei Versuche unternommen wurden, diese Finanzierungen zu unterbinden.

Die Autoren Dominique Jaussi, Julian Streit und Luca Fasnacht haben gleichzeitig zum internationalen Report eine Studie über «Das schweizerische Finanzierungsverbot von Kernwaffen im KMG» verfasst, in der sie das Finanzierungsverbot analysieren und fundierte Kritik an der Praxis von Behörden und Banken üben. Wir dokumentieren auf den Seiten 4 bis 7 die Zusammenfassung der Studie, die drei grosse Kapitel enthält, erstens eine Übersicht über die humanitären Folgen einer Atomwaffenkatastrophe für Gesundheit und Umwelt sowie eine Darstellung der internationalen atomaren Abrüstungsversuche und die Entwicklung der schweizerischen aussenpolitischen Position in dieser Frage.

Fazit der Atomfinanzierungsstudie

Das zweite Kapitel befasst sich konkret mit den Investitionen der Schweizer Banken in Atomwaffen. Dokumentiert wird anhand des «Don't Bank on the

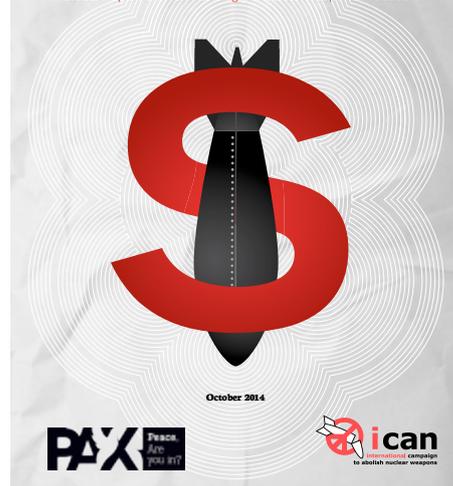
FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich
Redaktion/Layout Peter Weishaupt. Mitarbeit: Dominique Jaussi, Julian Streit, Luca Fasnacht, Ueli Wildberger, Stella Jegher, Matthias Hui, Martina Backes, Hansruedi Weber, Arne Engeli u.a.
Bilder Titelseite: siehe S. 23. Tabellen Seiten 4-7: BHRC. Seiten 10-12: IFOR-Archiv. Seite 15: iz3w. Seite 17: Madote. Seite 18: Kichka. Seite 22: Matthias Klemm.
Druck: gdz AG, Zürich.
Auflage: 2000 Ex., Dezember 2014
Die Friedenszeitung erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–
ISSN 1664-4492



DON'T BANK ON THE BOMB

A Global Report on the Financing of Nuclear Weapons Producers



Bomb»-Reports die Finanzierung von Atomwaffen im Jahre 2014, das Investitionsvolumen des Schweizer Finanzsektors zwischen 2012 bis 2014 sowie die Rolle der UBS und der Credit Suisse in diesen Geschäften.

Der Schwerpunkt liegt allerdings im dritten Teil, der sich mit dem neuen Finanzierungsverbot von verbotenen Waffen im Kriegsmaterialgesetz (KMG) auseinandersetzt und detailliert den rechtlichen Fragestellungen nachgeht. Die Autoren kommen dabei zu folgendem Fazit: «In der Schweiz ist am 1. Februar 2013 das revidierte KMG in Kraft getreten. Darin wurde ein Finanzierungsverbot von nach Schweizer Recht verbotenen Kriegsmaterial, u.a. von Atomwaffen, erlassen. Die Schweiz hat als eines von wenigen Ländern ein Finanzierungsverbot von Atomwaffen. Dieser Umstand ist zu begrüssen und zu würdigen.

KMG: Zahnloser Tiger

Bei einer genaueren Analyse entpuppen sich die KMG-Bestimmungen aber als zahnloser Tiger. Aufgrund der schwerwiegenden Einschränkungen des Geltungsbereichs der Bestimmungen und der anpassungsfähigen Struktur des Finanzwesens erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass eine direkte oder indirekte Finanzierung von Atomwaffen je strafrechtlich verfolgt bzw. geahndet wird. Der Bundesrat setzt denn auch darauf, dass die Finanzdienstleister als Normadressaten aufgrund von Überlegungen des Reputationsrisikos auf die Investition in Atomwaffen verzichten werden.

Dass die Finanzunternehmen ohne die disziplinierende Wirkung von effektiven Bestimmungen von sich aus auf Investitionen in Atomwaffen verzich-

ten, muss angesichts jüngster Untersuchungen aber stark bezweifelt werden. So zeigt der neueste «Don't Bank on the Bomb»-Bericht (siehe oben), welcher nach 2013 auch für das Jahr 2014 aufzeigt, dass Schweizer Finanzunternehmen immer noch substanzielle Investitionen in atomare Massenvernichtungswaffen tätigen – sogar die Schweizerische Nationalbank (SNB) investierte 2014 109 Millionen Franken in Atomwaffenproduzenten. Obschon beide eidgenössischen Parlamentskammern mit der Unterstützung der Motionen Hiltpolt und Pasquier genau dies verhindern wollten.»

Auszüge aus der Studie auf den folgenden Seiten 4-7



Die von BHRC (Business and Human Rights Conform) erstellte Studie **Das schweizerische Finanzierungsverbot von Kernwaffen im KMG** ist über contact@bhrc.ch oder direkt über www.bhrc.ch erhältlich.

Handbuch atomare Abrüstung

Ein Handbuch zur nuklearen Abrüstung der Organisation *Religions for Peace*, das sich an Religionsvertreter und -gemeinschaften aller Konfessionen richtet, aber auch für alle anderen Menschen interessant ist, wurde kürzlich auf deutsch herausgegeben und am 4. Dezember 2014 in Basel vorgestellt. Es enthält grundlegende Informationen und Dokumente zur atomaren Rüstung, über deren wirtschaftliche, humanitäre und ökologische Dimensionen, über ethische, rechtliche und religiöse Gebote für deren Abschaffung, ergänzt mit Stellungnahmen verschiedener Persönlichkeiten und Gruppen sowie Handlungsanregungen. Zusammengestellt wurde das Handbuch von Alyn Ware, Direktor des Basel Peace Office. Bezug: www.baselpeaceoffice.org



Verein Dialog EMRK | Association Dialogue CEDH | Associazione Dialogo CEDU

APPELL: ÜBERNEHMEN SIE VERANTWORTUNG FÜR UNSERE MENSCHENRECHTE!

Vor 40 Jahren ratifizierte die Schweiz die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Den 28. November 2014 nehmen wir zum Anlass, um die ganze Bevölkerung und insbesondere alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aufzurufen, sich für den Erhalt und die Stärkung der Menschenrechte in der Schweiz einzusetzen. Denn der Menschenrechtsschutz in der Schweiz verliert zunehmend an Selbstverständlichkeit.

In den letzten Jahren häuften sich Volksabstimmungen, deren Forderungen gegen die Grundrechte und die verbindlichen Menschenrechte der EMRK verstossen. Das Beschneiden unserer Grundrechte bedeutet eine Schwächung unserer Demokratie, unserer Sicherheit und unserer Freiheit.

Die EMRK verankert einen menschenrechtlichen Mindeststandard. Dieser basiert auf einem Grundkonsens der europäischen Wertegemeinschaft. Die EMRK schützt damit die fundamentalen Rechte aller Menschen in Europa. Die EMRK hat wesentlich dazu beigetragen, auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges ein Europa der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und des wirtschaftlichen, sowie sozialen Fortschritts aufzubauen.

Die EMRK hat die Schweizer Grundrechtskultur in den vergangenen 40 Jahren in vielfältiger Weise positiv beeinflusst. So diente sie auch als Grundlage für die Weiterentwicklung des Grundrechtsschutzes in der Bundesverfassung von 1999.

Die EMRK schützt die Menschenrechte in der Schweiz in doppelter Hinsicht:

1. Mit der Ratifizierung der EMRK vor 40 Jahren hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, den europäischen Mindeststandard des Menschenrechtsschutzes innerstaatlich umzusetzen. Dies führte dazu, dass sich die Menschenrechte der EMRK in der Schweizer Gesetzgebung und Rechtsprechung als Grundrechte verankert sind.
2. Die EMRK ermöglicht jedem Menschen der 47 Mitgliedstaaten des Europarates, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg eine Beschwerde wegen Verletzung seiner oder ihrer Menschenrechte durch

einen Vertragsstaat einzureichen. Diese Möglichkeit steht darum auch jedem Menschen in der Schweiz zu.

Volksinitiativen können unsere Bundesverfassung laufend verändern. Dies selbst dann, wenn die neuen Bestimmungen gegen die in der Bundesverfassung garantierten Grundrechte verstossen. Die Schweiz kennt kein Gericht, welches die Grundrechte im Falle eines Konflikts mit einem Bundesgesetz schützen könnte. Wir alle tragen darum eine besondere Verantwortung für den Erhalt des Menschenrechtsschutzes.

Wir rufen alle in der Schweiz lebenden Personen und im Speziellen alle EntscheidungsträgerInnen unserer Gesellschaft zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung auf:

- Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nehmen als Verfassungsgeber ihr Initiativrecht so wahr, dass die Grundrechte der Bundesverfassung für alle Menschen erhalten bleiben. Dabei orientieren sie sich an internationalen Mindeststandards der Menschenrechte, welche insbesondere die EMRK verankert.
- Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Bundesversammlung sind sich ihrer Rolle als Verfassungshüter bewusst, indem sie in der Beurteilung und Umsetzung von Volksinitiativen eine präzise Praxis entwickeln, welche unsere Grundrechte umfassend schützt. Als Gesetzgeber verpflichten sie sich, die in der Bundesverfassung definierten Grundrechte sowie internationale Mindeststandards zu respektieren und zu schützen – insbesondere die in der EMRK festgehaltenen Rechte.
- Die Schweizer Gerichte sind an das Völkerrecht gebunden. Darum stützen sie sich in ihrer Rechtsprechung auf die Grundrechte der Bundesverfassung und auf die Menschenrechte der EMRK.
- Der Bundesrat verfolgt das Ziel, dass die Grund- und Menschenrechte bei der Anwendung und Umsetzung von Recht auf allen staatlichen Ebenen eingehalten werden. Er fördert im Europarat den Erhalt der EMRK als europäischen Mindeststandard für Menschenrechte.

Die humanitären Konsequenzen von Atomwaffen und die Schweizer Aussenpolitik



Im August 2015 werden die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki 70 Jahre her sein. Zehntausende tote Zivilisten, verstrahlte, schwer verletzte Menschen und auf ewig zerstörtes Erbgut sind bisweilen noch heute die Folgen – die humanitären Konsequenzen auf Generationen hinaus sind kaum fassbar.

Während des Kalten Krieges wurde die Androhung eines thermonuklearen Krieges zwischen den USA und der UdSSR zur strategischen Doktrin der «mutual assured destruction» (MAD), dem 'Gleichgewicht des Schreckens', ausgebaut. Trotz der Widerlegung der Theorie der nuklearen Abschreckung und

des Wissens, dass eine Atombombenexplosion eine Zerstörung verursachen würde, welche unsere Vorstellungskraft sowie unsere Kapazitäten, humanitäre Hilfe zu leisten, um ein Vielfaches übersteigt, hat sich die Doktrin der MAD bis in die Gegenwart gehalten. So sammeln sich in den Arsenalen von neun Staaten nach wie vor über 16'000 Nuklearsprengköpfe. Allein Russland und die USA halten davon etwa 1800 in stetiger Alarmbereitschaft, abschussbereit innerhalb weniger Minuten.

Nachdem die Schweiz in der Nachkriegszeit ein eigenes Atomwaffenprogramm angestrebt hatte, wurde dieses erst 1988 endgültig aufgegeben. Mit der Ratifizierung des Atomwaffensperrver-

trages waren die Bestrebungen zur atomaren Bewaffnung der Schweiz aber bereits ab 1977 in den Hintergrund getreten und die Aussenpolitik setzte sich für die Nichtverbreitung von Atomwaffen ein. Seit einigen Jahren hat die Schweiz mit verschiedenen Massnahmen zunehmend eine führende Rolle in den Abrüstungsbestrebungen eingenommen.

Rückschritt beim EDA

Im Bundesratsbericht von 2012 setzte sich der Bundesrat die Stärkung des schweizerischen Engagements im Bereich der Abrüstung und Nonproliferation als aussenpolitisches Ziel. Die Schweiz war seit 2012 aktiv an der Lancierung des Ansatzes über die humanitären Konsequenzen von Atomwaffeneinsätzen auf internationaler Ebene beteiligt. So initiierte sie insbesondere die erste «Gemeinsame Erklärung über die humanitäre Dimension der nuklearen Abrüstung» anlässlich des vorbereitenden Ausschusses des Atomsperrvertrages vom 2. Mai 2012 und unterstützte an der ersten internationalen Staatenkonferenz zu den humanitären Konsequenzen von Atombomben 2013 in Oslo die Forderung nach einem Atomwaffenverbotsvertrag.

In der Folge kam es jedoch zu einem Rückschritt in der Position des EDA. Diese Entwicklung kulminierte in den Statements von Bundesrat Didier Burkhalter in Den Haag am 25. März 2014, wo nur noch von «voluntary commitments» (freiwillige Verpflichtungen) die Rede war, und darauffolgend am 23. Juni 2014 in Interlaken, wonach die Schweiz die Abrüstung «durch Dialog und Brückenbildung» unterstützen will – und ein rechtlich bindendes Instrument in einem «ambitiosen Schritt-für-Schritt-Ansatz» vorangetrieben werden soll.

Dieser 'step-by-step approach' bestimmt jedoch seit Jahrzehnten die Gangart in internationalen Abrüstungsbestrebungen und hat bis heute keinerlei zählbare Ergebnisse hervorgebracht. Berücksichtigt man den Appell des IKRK an die Staatenwelt, dass Verhandlungen in Richtung eines umfassenden Verbotsvertrages unmittelbar und mit Bestimmtheit aufzunehmen sind, sei die Frage erlaubt, weshalb sich die Schweiz als Depositärstaat der Genfer Konventionen von 1949 nicht entschieden für einen völkerrechtlich bindenden Atomwaffenverbotsvertrag einsetzt. Umso mehr, als der Schweizer Gesetzgeber Atomwaffen im Kriegsmaterialgesetz (KMG) verboten hat (Art. 7 Abs. 1 lit.a).

Das Finanzierungsverbot von Atomwaffen im Kriegsmaterialgesetz der Schweiz

Im Zuge der Ratifizierung des Übereinkommens über Streumunition (sogenannter Oslo-Prozess) wurde auf eidgenössischer Ebene ein Revisionsprozess des Kriegsmaterialgesetzes in Gang gesetzt. Dieser hatte zur Folge, dass das KMG durch das direkte Finanzierungsverbot (Art. 8b KMG), das indirekte Finanzierungsverbot (Art. 8c KMG) und die Bestimmung über den subjektiven Tatbestand in Art. 35b KMG ergänzt wurde.

Um den Aufbau des Finanzierungsverbotes verstehen zu können, ist es wichtig zu sehen, dass es sich beim Kriegsmaterialgesetz um Bestimmungen des sogenannten Nebenstrafrechts handelt. So gilt der allgemeine Deliktsaufbau des Strafrechts auch im Kriegsmaterialgesetz. Dieser teilt sich in die Tatbestandsmässigkeit (objektiver und subjektiver

Tatbestand), die Rechtswidrigkeit und die Schuldfähigkeit auf. Insofern müssen sowohl der objektive als auch der subjektive Tatbestand erfüllt sein, damit sich eine Person strafbar macht.

a) Objektiver Tatbestand

aa) Direkte Finanzierung (Art. 8b KMG)
Als direkte Finanzierung im Sinne des KMG gilt die unmittelbare Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen zur Bezahlung oder Bevorschussung von Kosten und Aufwendungen, die mit der Entwicklung, der Herstellung oder dem Erwerb von verbotenem Kriegsmaterial verbunden sind (Art. 8b Abs. 2 KMG). Mithin muss eine Person eine Investition direkt bzw. unmittelbar tätigen, wobei es in der Praxis relativ wenige Fälle gibt, bei welchen eine solche Konstellation vorstellbar ist.

bb) Indirekte Finanzierung (Art. 8c KMG)
In Art. 8c Abs. 1 KMG wird zunächst erwähnt, dass die indirekte Finanzierung verboten ist, wenn damit das Verbot der direkten Finanzierung umgangen werden soll. Absatz 2 konkretisiert dann, was der Gesetzgeber unter der indirekten Finanzierung versteht. So wird die Beteiligung an Gesellschaften (lit. a) und der Erwerb von Obligationen und anderen Anlageprodukten, die von pönalisierten Unternehmen ausgegeben werden, als tatbestandsmässig erklärt (lit. b).

Praktische Probleme ergeben sich vor allem bei der Finanzierung von Misch-

konzernen und bei Investitionen in Index-Produkte. Mischkonzerne sind Konzerne, welche verschiedene Sparten bzw. Tochterfirmen haben, die jeweils unterschiedliche Zwecke verfolgen. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmungen, welche Atomwaffen produzieren, ist nicht ausschliesslich im Atomwaffengeschäft tätig. Wenn also vorgebracht wird, dass nur eine Unternehmung eines gewissen Konzerns Atomwaffen bzw. Waffensysteme produziert oder entwickelt und deren Umsatz in keinem Verhältnis zum Umsatz des Gesamtkonzerns steht, mag dies aus betriebswirtschaftlicher Sicht stimmen. Aus strafrechtlicher Sicht ist es jedoch alleine entscheidend, ob eine indirekte Finanzierung i.S.v. Art. 8c KMG vorliegt oder nicht (zu beachten ist jedoch die Umgehungsabsicht im subjektiven Tatbestand).

Index-Fonds sind Anlageprodukte, welche einen spezifischen Aktienindex abbilden. Dies geschieht dadurch, dass das Investitionsvolumen anteilmässig auf die prozentuale Beteiligung der Unternehmen am Index aufgeteilt wird. Problematisch wird ein solches Produkt erst, wenn eine Unternehmung des Indexes Atomwaffen bzw. Waffensysteme produziert. In diesem Falle stellt sich die Frage, ob eine indirekte Finanzierung von Atomwaffen im Sinne von Art. 8c KMG vorliegt. Dies ist nach Art. 8c u.a. dann der Fall, wenn Anlageprodukte von Unternehmen erworben wurden, welche Atomwaffen bzw. Waffensysteme produzieren oder entwickeln.

Anteile eines Index-Fonds sind also zweifelsfrei Anlageprodukte. Speziell bei diesen Produkten ist jedoch, dass die

Fortsetzung Seite 6

Das Finanzierungsverbot im Kriegsmaterialgesetz (KMG)

Art. 8b KMG

Verbot der direkten Finanzierung

Abs. 1: Die direkte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial ist verboten.

Abs. 2: Als direkte Finanzierung im Sinne dieses Gesetzes gilt die unmittelbare Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen zur Bezahlung oder Bevorschussung von Kosten und Aufwendungen, die mit der Entwicklung, der Herstellung oder dem Erwerb von verbotenem Kriegsmaterial verbunden sind.

Art. 8c KMG

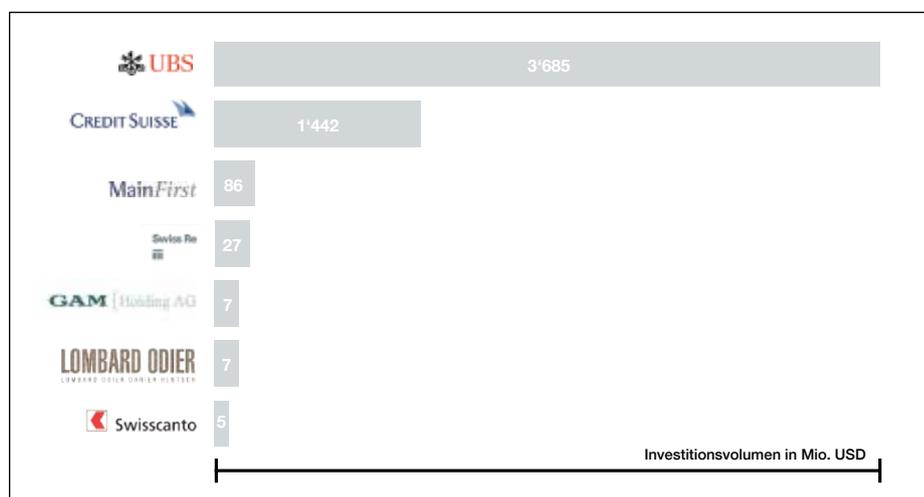
Verbot der indirekten Finanzierung

Abs. 1: Die indirekte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial ist verboten, wenn damit das Verbot der direkten Finanzierung umgangen werden soll.

Abs. 2: Als indirekte Finanzierung im Sinne dieses Gesetzes gilt:

- a) die Beteiligung an Gesellschaften, die verbotenes Kriegsmaterial entwickeln, herstellen oder erwerben.
- b) der Erwerb von Obligationen oder anderen Anlageprodukten, die durch solche Gesellschaften herausgegeben werden.

Finanzierung von Atomwaffen im Jahr 2014



Kausalkette zwischen dem Unternehmen, das Atomwaffen produziert, und der Person, die in dieses Geschäft investiert, sehr lang ist. Strafrechtlich macht, dies aber keinen Unterschied, wenn man davon ausgeht, dass eine indirekte Finanzierung vorliegt. Jedoch wird es im subjektiven Tatbestand immer schwieriger, den geforderten direkten Vorsatz und die Umgehungsabsicht zu beweisen, je länger sich die Kausalkette gestaltet.

a) Subjektiver Tatbestand

aa) Vorsatz

Grundsätzlich gilt nach dem Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches (sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt, Art. 12 Abs. 1 StGB), dass sich eine Person strafbar macht, wenn sie eine Tat mit Wissen und Willen begeht (Art. 12 Abs. 2 Satz 1 StGB). Der Täter macht sich bereits strafbar, wenn er den Eintritt

einer Straftat für möglich hält und in Kauf nimmt (entsprechend dem Eventualvorsatz; Art. 12 Abs. 2 Satz 2 StGB). In Art. 35b Abs. 3 KMG wird dieser Eventualvorsatz jedoch ausgeschlossen. Dies führt dazu, dass dem Täter der direkte Vorsatz nachgewiesen werden muss, was nur in Ausnahmefällen gelingt.

bb) Umgehungsabsicht

Bei der indirekten Finanzierung nach Art. 8c KMG wird in Abs. 1 eine Umgehungsabsicht gefordert, d.h., es wird verlangt, dass der Täter mit der indirekten Finanzierung die Umgehung des Verbotes der direkten Finanzierung des Verbotens der direkten Finanzierung angestrebt hat. Eine solche Absicht führt dazu, dass eine indirekte Finanzierung ausschliesslich dann nach Art. 8c KMG tatbestandsmässig ist, wenn der Täter das Verbot der direkten Finanzierung umgehen wollte. Es reicht somit nicht aus, dass er eine indirekte Finanzierung

vornimmt, denn eine solche ist nicht tatbestandsmässig, solange er keine direkte Finanzierung umgehen will. Diese Einschränkung ist von höchster praktischer Bedeutung, da, wie wir weiter oben schon gesehen haben, wenige Fälle denkbar sind, bei welchen eine direkte Finanzierung vorliegt.

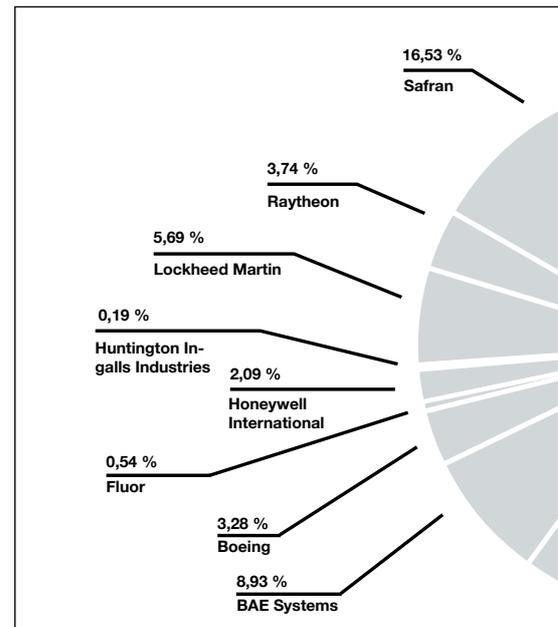
Zusammenfassend bestehen also folgende Schlupflöcher im KMG, wel-

Atomwaffenarsenale

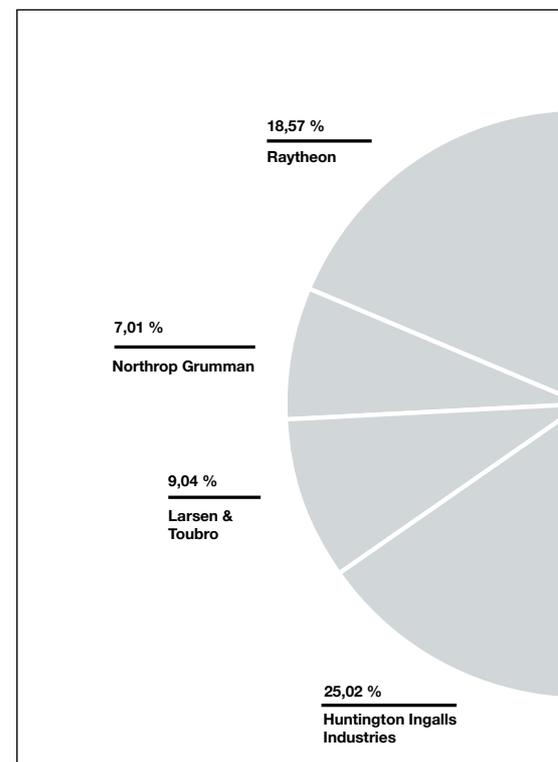
Weil die Atomkräfte bei der **Abrüstung** versagen, steigt das Risiko, dass weitere Länder Nuklearwaffen besitzen wollen. Einzig die sofortige Abschaffung von Nuklearwaffen kann deren Weiterverbreitung und Verwendung zuverlässig verhindern. Die Politiker*innen einiger **Nuklearwaffenstaaten** haben zwar die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt angesprochen, sie setzen allerdings **keine konkreten Schritte zur Abschaffung der Waffenarsenale**. Im Gegenteil: Sie bringen ihre Arsenale gar auf den neuesten Stand.

STAAT	NUKLEARWAFFENPROGRAMM	ARSENAL
USA	Haben als erstes Land dieser Welt Atomwaffen entwickelt und sie als einziges in einem Krieg zum Einsatz gebracht. Geben für ihr Atomwaffenarsenal mehr Geld aus als alle anderen Staaten zusammen.	7700 Sprengköpfe
Russland	Entwickelte als zweites Land der Welt Nuklearwaffen. Besitzt das größte Arsenal weltweit und investiert kräftig in die Modernisierung der Sprengköpfe und Trägersysteme.	8500 Sprengköpfe
Vereinigtes Königreich	Unterhält eine Flotte von vier Atom-U-Booten in Schottland, von denen jedes mit 16 Trident-Raketen bestückt ist. Debattiert, ob es seine Atomstreitkräfte modernisieren soll oder abrüsten.	225 Sprengköpfe
Frankreich	Der Großteil seiner Nuklearsprengköpfe befindet sich auf U-Booten, die mit M45- und M51-Raketen bestückt sind. Ein U-Boot ist stets auf Patrouille. Einige Sprengköpfe sind auch für den Einsatz mit Flugzeugen vorgesehen.	300 Sprengköpfe
China	Hat ein kleineres Arsenal als die USA und Russland. Die Sprengköpfe sind für den Einsatz zu Luft, Land und Wasser geeignet. Es scheint, als ob es sein Arsenal nicht vergrößern würde.	250 Sprengköpfe
Indien	Mit der Entwicklung seiner Atomwaffen verstieß Indien gegen seine Verpflichtungen zur Nichtverbreitung. Vergrößert kontinuierlich sein Nuklearwaffenarsenal und verbessert die Trägersysteme stetig.	90–110 Sprengköpfe
Pakistan	Optimiert sein Nuklearwaffenarsenal und die damit zusammenhängende Infrastruktur maßgeblich. Hat sein Arsenal in den vergangenen Jahren erheblich vergrößert.	100–120 Sprengköpfe
Israel	Betreibt eine Politik der Ambiguität in Zusammenhang mit seinem Nuklearwaffenarsenal, indem es die Existenz eines solchen weder bestätigt noch bestreitet. Daher gibt es darüber kaum Informationen oder Diskussionen.	80 Sprengköpfe
Nordkorea	Betreibt ein Atomwaffenprogramm, das in den Kinderschuhen steckt. Sein Arsenal besteht vermutlich aus weniger als zehn Sprengköpfen. Es ist nicht klar, ob diese einsatzbereit sind.	<10 Sprengköpfe
Insgesamt		17.300 Sprengköpfe

Investitionen der UBS in Atomwa



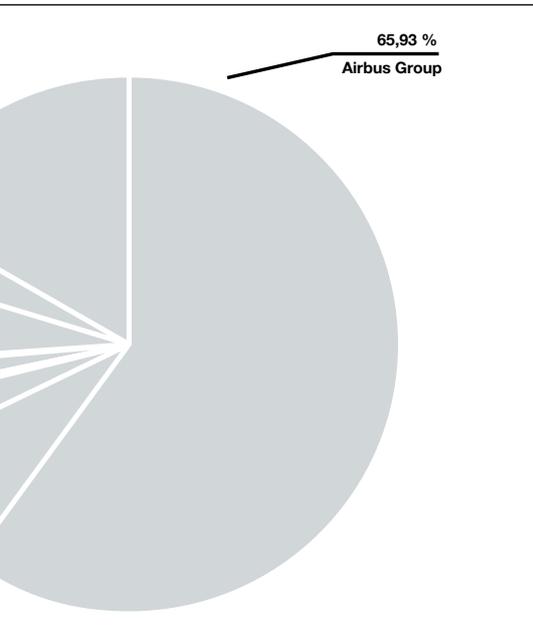
Investitionen der Credit Suisse in Ato



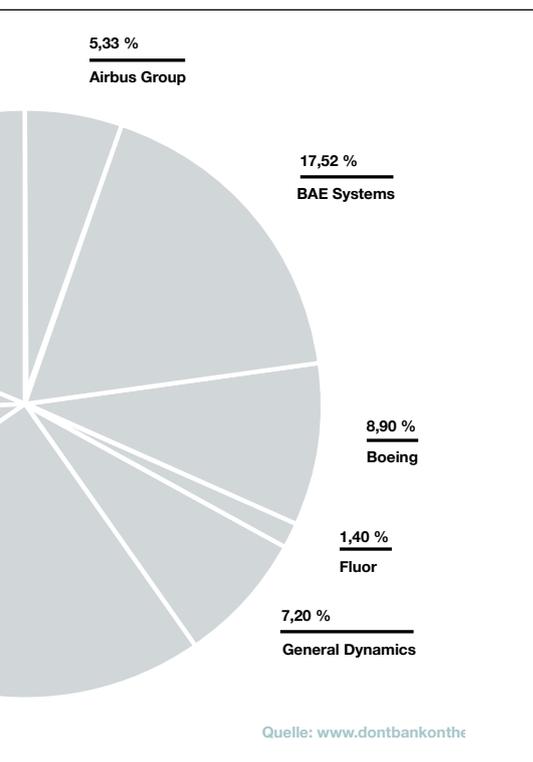
che einem effektiven Finanzierungsverbot von Atomwaffen entgegenstehen:

- Ausschluss des *Eventualvorsatzes* in Art. 35b des KMG,
- die *Umgehungsabsicht* in Art. 8c des KMG und
- die *Nichtaufnahme* der Art. 8b und 8c des KMG als Katalogstraftaten in Art. 102 Abs. 2 des StGB.

ffnenfirmen 2014: 3,689 Mia. US-\$



Atomwaffenfirmen 2014: 1,422 Mia. US-\$



Wiener Konferenz zu den Auswirkungen von Atomwaffen

Nachdem in den letzten Jahrzehnten im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages keinerlei Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung von Atomwaffen erzielt werden konnten, steht momentan die Diskussion der humanitären Konsequenzen von Atomwaffen als neue Argumentationslinie im Vordergrund der internationalen Diskussion.

Die internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung hat in einer Resolution im Jahr 2011 aufgrund der enormen humanitären Konsequenzen einer Atomwaffendetonation die Unmöglichkeit der Hilfeleistung für Opfer eingestanden und die Staatenwelt dazu aufgerufen, unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, um ein rechtlich bindendes, internationales Abkommen abzuschliessen, welches den Einsatz von Atomwaffen verbietet und zu deren Abrüstung verpflichtet.

In der Folge fanden bis heute zwei Staatenkonferenzen statt (Oslo 2013 und Nayarit 2014), an denen sich eine Mehrheit der internationalen Gemeinschaft mit den Auswirkungen und Risiken von Atomwaffen auseinandergesetzt hat. Die Schweiz nahm an beiden Konferenzen teil und brachte sich aktiv ein. Die beim Erscheinen dieser **FRIEDENSZEITUNG** bereits über die Bühne gegangene dritte Konferenz in Wien vom 8./9. Dezember 2014 hat sich zum Ziel gesetzt, das atomare Abrüstungs- und Nichtweiterverbreitungsregime zu stärken und den humanitären Ansatz darin zu verankern. An dieser Konferenz nimmt mit den Vereinigten Staaten erstmals ein offizieller Atomwaffenstaat teil. Möglicherweise ein Zeichen für die übrigen der sogenannten P-5 (Grossbritannien, Frankreich, Russland und China).

Der Ausgang der Konferenz scheint ungewiss, nachdem sich einige Staa-

ten mit der überaus starken Formulierung des Konferenzvorsitzes in Nayarit übergangen fühlten und das Szenario unter Diplomatenkreisen als möglich erscheint, dass es in Wien zu einer Gegenbewegung kommen könnte. Ein allfälliger Zusammenschluss der USA mit jenen Staaten, welche sich übergangen fühlten, wäre dabei sicherlich ein Worst-case-Szenario.

Ohnehin scheinen mit Wien einige Unbekannte verbunden zu sein. So ist im Unterschied zu den vorangegangenen Konferenzen nicht davon auszugehen, dass eine Nachfolgekonzferenz angekündigt wird. Dafür ist die Abrüstungsagenda verantwortlich: So findet, im nächsten Jahr die Überprüfung des Atomsperrvertrages 2015 statt. Falls die Überprüfung die Erwartungen der Teilnahmestaaten, der Konferenzen in Oslo, Nayarit und in Wien, enttäuscht, ist es wahrscheinlich, dass in einer Folgekonferenz von Wien Verhandlungen über ein völkerrechtliches Atomwaffenverbot aufgenommen werden, was für die Schweiz bedeuten würde, dass sie sich entscheiden muss, ob sie sich entschlossen für ein internationales völkerrechtliches Verbot einsetzen möchte; nachdem das Departement von Didier Burkhalter in jüngster Vergangenheit zu verstehen gegeben hat, dass man sich nicht die Finger am heissen Eisen der Atomwaffen verbrennen möchte.

Aus Sicht von BHRC ist angesichts der internationalen Spannungen zwischen ehemals verfeindeten Atomwaffenstaaten und den anstehenden Modernisierung der maroden Atomwaffensysteme der Vereinigten Staaten und Grossbritannien der Moment gekommen, um sich entschieden für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen einzusetzen – beispielsweise als Gastgeberin für die Folgekonferenz von Wien. (dj)



Zum Scheitern verurteilt und kontraproduktiv

Notwendig ist ein Ende der schädlichen Politik des Westens gegenüber Nordafrika und dem Nahen Osten sowie ein Marshall-Plan für diese Region.

/ Andreas Zumach /

Seit Mitte September wird unter Führung der USA militärisch gegen die Terrormilizen des sogenannten «Islamischen Staats» (IS) vorgegangen. Erklärte Ziele dieses Krieges sind die Rettung und der Schutz der von den IS-Milizen bedrohten Zivilbevölkerung – insbesondere religiöser Minderheiten – sowie die «Vertreibung und Vernichtung der terroristischen Kämpfer» (US-Präsident Barack Obama in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung am 24. September 2014).

Das militärische Hauptinstrument sind Luftschläge vor allem der USA gegen Stellungen des IS im Irak und in Syrien. Zudem erhielten die kurdischen Peschmerga im Nordirak sowie die irakischen Regierungstruppen aus Deutschland und anderen Ländern Waffen und Munition für den Bodenkampf gegen den IS. Darunter Waffentypen, an denen die Empfänger zunächst erst noch wochen- oder monatelang ausgebildet werden müssen – und über die die IS-Milizen längst schon verfügen. Schliesslich wollen die USA in den nächsten drei Jahren in Jordanien und Saudiarabien insgesamt rund 15'000 örtliche Kämpfer für den Bodenkampf gegen den IS trainieren und ausrüsten.

Vorwiegend Krieg aus der Luft

Das militärische Vorgehen gegen den IS ist das vorerst letzte Kapitel im globalen «Krieg gegen den (vorwiegend islamistisch gerechtfertigten) Terrorismus». Dieser Krieg wurde von US-Präsident George Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ausgerufen und findet seitdem unter Führung der USA statt mit mehr oder weniger aktiver Unterstützung und Beteiligung fast aller anderen 192 UNO-Staaten. Bisherige Hauptschauplätze dieses Krieges sind Afghanistan, Pakistan, Somalia, Jemen und Mali.

Geführt wird dieser Krieg bislang vorwiegend aus der Luft: mit Bomben, Ra-

keten, Drohnen und Marschflugkörpern. In Afghanistan und kurzzeitig in Mali kämpften auch westliche Bodentruppen gegen tatsächliche oder vermeintliche terroristische Gruppen. Al-Quaida-Chef Osama bin Laden und andere Führungsfiguren des Terrornetzwerkes wurden von Spezialeinheiten der USA oder Israels aufgespürt und liquidiert.

Die Bilanz dieses jetzt schon über 13 Jahre währenden «Krieges gegen den Terrorismus» ist ernüchternd. Gemessen an dem erklärten Ziel, die Bedrohung durch Terrorismus zu überwinden, ist dieser Krieg nicht nur gescheitert, sondern er hat sich sogar als kontraproduktiv erwiesen. Zwar wurden seit September 2001 Tausende tatsächlicher oder vermeintlicher Terroristen getötet.

Darüber hinaus aber auch viele Tausende nachweislich völlig unschuldige Zivilisten. Das schuf neuen Hass und potenzielle Gewalt- und Terrorbereitschaft. Für jeden getöteten tatsächlichen oder vermeintlichen Terroristen sind mindestens zehn potenzielle Nachfolger erwachsen. Angesichts dieser Bilanz gibt es keinen Grund zu der Annahme, der ebenfalls überwiegend aus der Luft geführte Krieg gegen den IS könnte sich militärisch als Erfolg erweisen.

Noch nie wurde ein 'asymmetrischer' Krieg mit Luftangriffen gewonnen

Noch niemals in der Militärgeschichte wurde ein 'asymmetrischer Krieg' – zu denen der «Krieg gegen den Terroris-

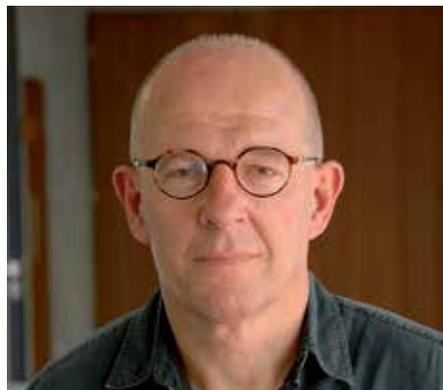
mus» zählt – mit Luftstreitkräften gewonnen. Auch der Sowjetunion gelang es nach dem Überfall auf Afghanistan Ende 1979 in acht Jahren trotz drückender Luftüberlegenheit und der Stationierung von über 100'000 Soldaten nicht, den Widerstand gegen die Besetzung militärisch zu besiegen und das Land unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Im aktuellen Luftkrieg gegen Stellungen der IS-Milizen insbesondere in Syrien stellen sich den Angreifern noch zusätzliche Probleme. In Syrien findet ein kleinteiliger Bürgerkrieg statt – überwiegend innerhalb von Städten – mit einer Vielfalt von Akteuren und oft unüberschaubaren Fronten. Das Risiko, dass Angriffe aus der Luft Zivilisten treffen oder Mitglieder von Oppositionsgruppen gegen das Assad-Regime, die der Westen eigentlich unterstützt, ist in Syrien sehr viel grösser als in früheren Luftkriegsszenarien. Waffen, die an die kurdischen Peschmerga und die irakischen Regierungstruppen geliefert wurden, sind als Mittel gegen die Bedrohung durch die IS-Milizen völlig ungeeignet. Die IS-Milizen verfügen längst über dieselben Systeme sowie über weit überlegene Waffen. Zudem haben sie die entschlosseneren und todesbereiteren Kämpfer.

Nur mit begrenztem UNO-Mandat

Um die den IS-Milizen bedrohte Zivilbevölkerung in Syrien und im Irak wirksam zu schützen und die mit Luftschlägen verbundenen 'Kollateralschäden' zu vermeiden, wären vom UNO-Sicherheitsrat mandatierte Bodentruppen erforderlich. Deren Mandat müsste eindeutig begrenzt sein auf folgende Massnahmen: Schaffung von Landkorridoren zur sicheren Flucht für von den IS-Milizen bedrohten Menschen sowie zur humanitären Versorgung der notleidenden Bevölkerung; militärischer Schutz von Städten und Regionen, die die IS-Milizen angreifen und erobern wollen; Zurückdrängen des IS aus Regionen, die er heute bereits kontrolliert.

Jegliches Vorgehen der UNO-Truppe gegen das Assad-Regime oder die Unterstützung von Kämpfern der Opposition müsste ausgeschlossen werden. Bei einem solchen Mandat würde eine



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger FRIEDENSZEITUNGS-Autor

Fünf Kilo Gotthard-Granit: Der Prix Civiva ging 2014 an den Tessiner Luca Buzzi

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA überreichte am 14. November 2014 in Bellinzona zum vierten Mal den Zivildienstpreis Prix CIVIVA. Preisträger ist Luca Buzzi, Koordinator des Centro per la nonviolenza della Svizzera italiana (CNSI). Sein jahrzehntelanges Engagement für Gewaltfreiheit, Militärverweigerung und den Zivildienst wird mit dem Prix CIVIVA 2014 honoriert. An der feierlichen Preisverleihung im Zentrum Bellinzonas nahmen insgesamt fast vierzig Delegierte von Zivildienst-Einsatzbetrieben, VertreterInnen von Behörden, PolitikerInnen und weitere interessierte Personen teil.

Der symbolische Preis, ein fünf Kilo schwerer, kunstvoll graviertes Granitstein aus der Gotthard-Basisröhre, wurde von alt-Nationalrat Werner Carobbio (SP) überge-



ben. In seiner Laudatio ging der langjährige Parlamentarier auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Luca Buzzi ein und hob dessen Einsatz für Frieden, Gewaltfreiheit und den Zivildienst im Tessin, der Schweiz und international hervor. Die unermüdliche und hartnäckige Arbeit von Luca Buzzi für den Zivildienst begann 1977 im Zivildienstkomitee der italienischsprachigen Schweiz. Im Jahr 1984 gründete er mit einigen Mitstreitern die Gruppo ticinese per il servizio civile (GTSC), die sich für Gewaltfreiheit, Militärverweigerung und die Einführung eines Zivildienstes einsetzte. Dazu wurde Beratung und Unterstützung für Tausende von Verweigerern angeboten. Gleichzeitig vertrat Luca Buzzi im gesamtschweizerischen Zivildienstkomitee jeweils die italie-

nischsprachige Minderheit. Seit 2010 ist er Koordinator des CNSI, das die GTSC ersetzte und weiterhin Beratungen anbietet, den Zivildienst fördert und das Magazin «Nonviolenza» herausgibt.

Im Anschluss an die Preisverleihung präsentierte der Filmemacher Ciril Braem Tscheligi den von ihm produzierten Trailer zum Film Civimania. Die sieben Minuten dauernde Filmsequenz bietet einen Einblick in verschiedene Einsatzgebiete des Zivildienstes aus Sicht der Zivildienstleistenden. Er zeigt berührende Bilder aus einem botanischen Garten, einem Altersheim oder von einem Bergbauernhof. Der Trailer, der auch auf der Videoplattform zivi.tv zu sehen sein wird, soll einen Vorgeschmack auf einen geplanten Langfilm über den Zivildienst in der Schweiz geben, dessen Finanzierung und Realisierung noch nicht gesichert ist.

www.civiva.ch

UNO-Truppe auch nicht auf den Widerstand des Regimes stossen sondern zumindest stillschweigend toleriert, wie bislang schon die US-Luftangriffe gegen IS-Stellungen in Syrien. Die Glaubwürdigkeit eines solchen Mandats bei allen Konfliktparteien würde erheblich erhöht, wenn an der UNO-Truppe Soldaten aus allen fünf Vetomächten des Sicherheitsrates (USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien) beteiligt wären.

Unerschöpfliches Nachwuchsreservoir an potenziellen Terroristen

Nur mit einer solchen UNO-Bodentruppe liesse sich die bedrohte Zivilbevölkerung in Syrien und im Irak wirksam schützen und bestünde zumindest eine Chance, die derzeit von den US-Geheimdiensten auf über 30'000 Kämpfer geschätzten Milizen des IS aus den von ihnen kontrollierten Regionen zu vertreiben. Doch selbst wenn dies gelingen sollte, wäre damit das Terrorismusproblem noch keineswegs überwunden.

Denn solange im Krisenbogen zwischen Marokko und Pakistan, in Tschetschenien und anderen Kaukasusregionen sowie zunehmend auch in europäischen Städten weiterhin viele Millionen junge Männer ohne jede po-

sitive Lebensperspektive aufwachsen, die leichtes Opfer für islamistische Verführer werden können, gibt es ein fast unerschöpfliches Nachwuchsreservoir potenzieller Terroristen. Dieses Nachwuchsreservoir lässt sich nur mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen austrocknen. Das wäre die entscheidende und unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Überwindung des islamistisch gerechtfertigten Terrorismus.

Ein Marshallplan für den Nahen Osten ist vonnöten

Als erster Schritt wäre schon viel gewonnen, wenn die Staaten Europas und Nordamerikas ihre äusserst schädlichen Politiken gegenüber den Ländern der Region Nordafrika / Naher Osten korrigieren würden. Das sind an erster Stelle die Rüstungsexporte, die unfairen Handelsverträge (z.B. zwischen der EU und den Maghreb-Staaten) sowie der Export von hochsubventionierten Nahrungsmitteln zu Dumpingpreisen, die Kleinbauern in den Empfängerländern um ihre Existenz bringen.

Darüber hinaus bedarf es einer Art Marshall-Plan, um den Ländern der Region zu einer eigenständig tragfähigen Volkswirtschaft zu verhelfen, die zumin-

dest in der Lage ist, die eigene Bevölkerung zu ernähren und ihre wichtigsten Grundbedürfnisse (Gesundheit, Bildung etc.) zu erfüllen. Das ist notwendige Voraussetzung für das Entstehen und die Stabilisierung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse.

Die Schweiz und Deutschland hätten Ausbildungspotenzial

Zu einem solchen Marshall-Plan gehören u.a. nachhaltige Investitionen ausländischer Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und nicht nur auf einen schnellen und möglichst hohen Profit zielen. Die Schweiz und Deutschland könnten mit ihrem in der Welt einmaligen dualen Ausbildungssystem auch wesentliche Unterstützung leisten.

Denn in vielen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens gehen zwar immer mehr junge Menschen auf die Universitäten – darunter erfreulicherweise auch immer mehr junge Frauen. Doch für die meisten Uni-Absolventen gibt es zumindest derzeit noch keine Stellen. Auf der anderen Seite fehlen in den Ländern aber gut ausgebildete Fachkräfte in allen nichtakademischen Berufen. Derartige Fachkräfte sind für den Aufbau einer mittelständischen Wirtschaft aber unerlässlich.

Gewaltfreiheit – das Gebot der Stunde

Ueli Wildberger ist ein langjähriger Aktivist des Versöhnungsbundes (der dieses Jahr sein 100jähriges Bestehen feiert – siehe Kasten auf Seite 13). Im nachfolgenden Beitrag schildert er seinen Einstieg in die Friedensarbeit und die wichtigsten Stationen seiner Tätigkeiten.

1989 weckte die gewaltfreie Wende in Osteuropa grosse Hoffnungen auf eine friedlichere Welt. Schon zwei Jahre später bereitete der Zweite Golfkrieg ihnen ein jähes Ende – ein willkommenes Comeback für die NATO...?! Heisst das, dass Frieden zwar eine schöne, letztlich aber doch weltfremde Idee bleibt? Schon vor 2000 Jahren lehrte Jesus nicht nur die Gewaltfreiheit und Feindesliebe, sondern lebte sie auch. Aus der Einsicht heraus, dass nur die Gewaltfreiheit die

Kette der Gewalt an ein Ende bringt und ein neues konstruktives Handeln ermöglicht. Erst Mahatma Gandhi entwickelte aber vor 100 Jahren eine systematische und organisierte Anwendung der aktiven Gewaltfreiheit in seinen Befreiungskampagnen in Südafrika und Indien.

Internationaler Versöhnungsbund

Angesichts der drohenden Katastrophe des Ersten Weltkriegs kamen Menschen Anfang August 1914 in einer grossen Friedenskonferenz in Konstanz zusammen, um den Krieg in letzter Minute abzuwehren. Dies gelang ihnen zwar nicht, sie versprachen sich beim Abschied aber, sich nie als Feinde zu betrachten und sich zu weigern, gegeneinander zu kämpfen. Nur ein Jahr nach dem Weltkrieg begründeten sie 1919 in Holland den Internationalen Versöhnungsbund/ IFOR. Dieser bildet bis heute eine der beiden grossen weltweiten Friedensorganisationen, mit Gruppen in über 60 Ländern. Seine Mitglieder setzen sich auf interreligiöser Grundlage im Sinn Gandhis und Martin Luther Kings mit gewaltfreien Mitteln gegen Unrecht und Machtmissbrauch und für gewaltfreie Veränderung, Frieden und Versöhnung ein. Unter anderem in Konfliktgebieten wie Israel/Palästina, Uganda, Nepal, Kolumbien usw. Mehrere seiner Mitglieder wurden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Mein Weg zur aktiven Gewaltfreiheit als revolutionäre Kraft

Persönlich kam ich anfangs der 70er Jahre mit dem IFOR in Kontakt. Während meines Studiums in Berlin 1968 wurde mir im Lauf der Studentenrevolte deutlich, dass es in unserer vom Kapital dominierten Gesellschaft zwar tiefgreifende Veränderungen braucht, diese aber mit gewalttätigen Demonstrationen nicht erreicht werden. Im Gegenteil: Gewalt und Zerstörung schrecken die Bevölkerung, die man gewinnen will, gerade ab. Vor allem aber stehen sie grundsätzlich im Widerspruch zu den ethischen Zielen, die wir anstreben. Ich machte mich deshalb – inspiriert auch von den faszinierenden Ereignissen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung – auf die Suche nach einem alternativen revolutionären Weg. So stiess ich auf den

IFOR und seine internationale Gruppe junger FriedensaktivistInnen. Mit dieser Handvoll FriedenskämpferInnen realisierten wir jedes Jahr eine internationale gewaltfreie Aktion, z.B. 1973 einen Protestmarsch von London nach Paris gegen die französischen Atombombenversuche in der Sahara. Oder 1974 eine europaweite Karawane zur Befreiung von Namibia von der südafrikanischen Apartheidregierung. Dabei hatte ich das Glück, meine Frau France kennenzulernen. Und diese Gruppe gab mir den nötigen Rückhalt, um selber den Militärdienst zu verweigern, und dafür Gefängnis in Kauf zu nehmen.

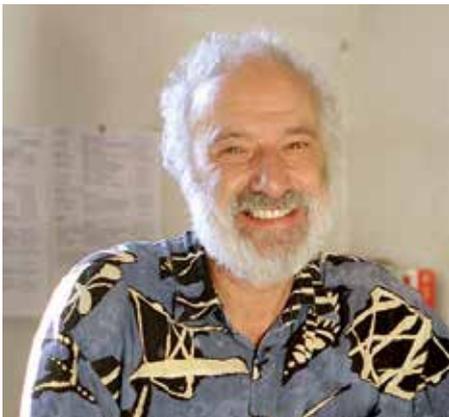
Gewaltfreie Aktion – der Königsweg zu einer Welt des Friedens

Konflikte gehören zu uns Menschen. Wichtig ist, dass sie nicht mit Hass und Gewalt ausgetragen werden. Heisst das, dass wir Gewalt einfach schlucken müssen? Nein, es gibt den dritten Weg der aktiven Gewaltfreiheit. Sie bedeutet weder passive Unterwerfung, noch schlägt sie mit Gewalt zurück. Vielmehr leistet sie aktiv, aber gewaltfrei Widerstand. Indem sich Menschen weigern, am Unrecht mitzuspielen, ihm weiterhin durch ihren Gehorsam – und sei es auch nur durch ihr Stillschweigen – Macht zu geben. Durch ihren zivilen Ungehorsam und ihre Bereitschaft, notfalls selber Sanktionen auf sich zu nehmen, können sie die schweigende Mehrheit aufrütteln. Und wenn sich breite Massen von Menschen anschliessen, können sogar Diktaturen stürzen – wie die Wende in Osteuropa gezeigt hat.

Deshalb sehe ich es als vordringlichste Aufgabe, mittels gewaltfreier Aktionen gegen aktuelle Missstände immer wieder (jungen) Menschen die Möglichkeit zu geben, gleichsam durch 'Learning by doing' die Kraft der schöpferischen Gewaltfreiheit zu entdecken und zu erleben. Waffen und Kriege zu ächten wird uns nur gelingen, wenn viele Menschen eine Alternative sehen und Vertrauen in den gewaltfreien Weg entwickeln.

Gewaltfreier Widerstand gegen Atomkraftwerke

1975 kam im Dreiländereck bei Basel der gewaltfreie Widerstand gegen Atom-



Ueli Wildberger

wurde 1945 in Schaffhausen geboren und lebt mit seiner Frau France in einer Wohngemeinschaft in Zürich. Nach seinem Theologiestudium engagierte er sich im Internationalen Versöhnungsbund IFOR in gewaltfreien Kampagnen und arbeitete nebenher in der Drogen-Auffangstation für junge Drogenabhängige in Zürich, später als Jugendsekretär im Christlichen Friedensdienst CFD. Ab 1982 half er beim Aufbau der Internationalen Friedensbrigaden PBI und des Balkan Peace Teams mit. Seit 1998 wirkte er im IFOR – Deutschschweiz mit gewaltfreien Trainingskursen und Friedensbildung, Peace Building-Workshops mit Flüchtlingen aus Somalia und für die Dekade zur Überwindung von Gewalt 2001-2010 der Reformierten Kirchen. Seit seiner Pensionierung setzt er sich vor allem bei den jährlichen grossen «Menschenströmen gegen Atom» für Atomausstieg und Energiewende und im Solidaritätsnetz Zürich für Flüchtlinge ein.



1975: Besetzung des Geländes für das geplante AKW in Kaiseraugst

kraftwerke ins Rollen. Ausgelöst wurde er zunächst in Fessenheim/F durch eine fünfmonatige erfolgreiche Besetzung eines geplanten Bleichemiewerks durch die elsässischen Winzer. Im Februar 1975 besetzten etwa 250 AktivistInnen auf der andern Seite des Rheins in Whyll (BRD) das Gelände eines AKW-Projekts. Trotz der Räumung des Geländes durch die Polizei gelang es dank einer Grosskundgebung, die Polizei zum Rückzug zu bewegen und das Projekt zu stoppen.

Zwei Wochen später fuhren in Kaiseraugst die Baumaschinen auf: Unter dem Motto «Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht» besetzte die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst/GAK am Ostermontag bei Schneematsch das Gelände – als Initianten der GAK waren IFOR-Mitglieder massgeblich beteiligt. Ich erinnere mich noch, wie wir fast während der ganzen Nacht in Trainings verschiedene Widerstandsformen probten, um uns dem Baubeginn und einer Räumung gewaltfrei zu widersetzen. Ein buntes Hüttendorf entstand. Der vielfältigen, fünfmonatigen Besetzung mit Hunderten von Leuten gelang es, den Bau zu verhindern. Zwei Jahre später führte die AKW-Bewegung einen grossen dreitägigen Pfingstmarsch von Kaiseraugst nach Olten durch und blockierte das AKW Gösgen aus Protest gegen das menschenverachtende Spiel mit dem Risiko eines radioaktiven Unfalls. Zwar wurden die gewaltfreien Blocka-

den der 6000 DemonstrantInnen mit Tränengas aufgelöst – spätestens jetzt aber war klar, dass ein Grossteil der Bevölkerung die AKW ablehnte. In der Folge wurde das Projekt Kaiseraugst beendet, und ein Moratorium für neue AKW während 20 Jahren beschlossen.

Vor fünf Jahren witterte die Atomlobby Morgenluft. Sie beschwor die Stromlücke und propagierte Pläne für drei neue AKW. Der «Menschenstrom gegen Atom» organisierte im Gegenzug daraufhin seit 2010 jedes Jahr einen grossen Protestmarsch zu einem AKW. Gewaltfrei-Richtlinien schon in den Aufrufen, und besonders geschulte PeacekeeperInnen gewährleisteten eine friedlichen Verlauf. Nach der Katastrophe in Fukushima 2011 und der Kundgebung beim AKW Beznau mit 20'000 Teilnehmenden beschloss der Schweizer Bundesrat fünf Tage danach den Atomausstieg. Ein schöner Erfolg – noch heisst es aber, wachsam bleiben, damit die Energiewende auch wirklich vollzogen wird.

Menschent Teppich an der Waffensmesse 1981 in Winterthur

Anfang der 80er-Jahre löste der Rüstungswettlauf zwischen der NATO und der Sowjetunion eine breite Friedensbewegung in Europa aus, die gegen die NATO-Nachrüstung mit Cruise Missiles und gegen die sowjetischen Mittelstreckenraketen protestierte. Auch in der Schweiz fanden Kundgebungen statt.

Als 1981 ruchbar wurde, dass in Winterthur eine internationale Waffensmesse stattfinden sollte, bereitete sich eine gewaltfreie Aktionsgruppe des IFOR auf eine originelle Widerstandsaktion vor. Während der ganzen Woche lagerten sich 50 bis 100 AktivistInnen als Menschenteppich von 9 bis 17 Uhr vor dem Eingang der Ausstellung und zwangen die BesucherInnen, über die am Boden Liegenden hinwegzusteigen – unter dem Slogan «Wer über uns geht, geht auch über Leichen». Dies erwies sich als eine sehr wirksame Aktionsform. Da wir den Zugang ja nicht verhinderten, sondern nur behinderten, liess uns die Polizei vorderhand gewähren.

Am Dienstag versuchte uns die Wachmannschaft mit Wasserwerfern wegzuspritzen – mit dem Resultat, dass auch keine BesucherInnen in die Ausstellung gelangen konnten. Am Donnerstag versuchten sie, die Leute mit Autos hinein zu chauffieren. Die Polizei räumte einen Korridor und nahm 28 AktivistInnen fest; die übrigen verlangsamten aber mit einem Bummelstreik die Fahrzeuge so lange, bis die Betreiber ihre Taktik wieder aufgaben. Am Samstag spitzte sich die Lage zu: Auf Seiten des Menschenteppichs trat eine neue Gruppe auf, die am Eingang (gegen unseren Willen) zwei Schweineköpfe auf Stangen postierte ('Waffensauen'). Nicht

Fortsetzung Seite 12



Fortsetzung von Seite 11

lange danach fuhr ein Pickup mit zwei Männern vorbei, die fünf Kübel Schweinegülle über alle Liegenden ausschütteten. Empört sprangen diese auf; ein stinkendes Tohuwabohu war die Folge: Die einen wollten das Gelände stürmen, die andern so voll Jauche als Demo in die Stadt. Wir forderten alle auf, friedlich und ruhig wie bisher die Aktion zu Ende zu führen, was schliesslich auch gelang. Diese einwöchige, phantasievolle Aktion bewirkte, dass nur etwa ein Drittel der erwarteten Messebesucher Innen auftauchten. Das intensive und faszinierende Erlebnis bildet einen Höhepunkt in meiner Erfahrung.

Zivildienst-Marathon durch das Land

Bis 1997 gab es keinen Zivildienst in der Schweiz. Alle Militärverweigerer wurden ins Gefängnis gesteckt. Anfangs der 80er-Jahre waren IFOR-Mitglieder wie Michel Grenier massgeblich an der Lancierung der Tatbeweis-Initiative für einen echten Zivildienst beteiligt. Als sie im Februar 1984 zur Abstimmung kam, engagierten wir uns tatkräftig in der Abstimmungskampagne. Zum Auftakt formulierten wir an einer Retraite im Flüeli-Ranft im Geist von Niklaus von der Flüe eine Botschaft für einen Friedensdienst. Eine Stafette von Läuferpaaren brachte die Pergamentrolle in einem Tag über den Brünig bis ins Bundeshaus nach Bern. Die eindrücklichste Aktion war aber ein Marathon über 750 km – entsprechend der Anzahl Verweigerer damals im Gefängnis – durch die ganze Schweiz. In der Winterlandschaft zogen wir als Gruppe von etwa 10 bis 25 Marschierende von Münchenstein bis

Appenzell und wieder zurück um den Vierwaldstättersee, das Urnerland hinauf und durchs Wallis und die Waadt bis nach Bern. Während dreier Wochen ging es von Dorf zu Dorf, mit unzähligen Gesprächen auf der Gasse, im Laden, in der Beiz, auf dem Miststock, um für einen Zivildienst zu werben – eine unvergessliche Erfahrung. Wer weiss, vielleicht trugen auch die Lokalberichte in Zeitungen und Radios dazu bei, dass die Initiative mit 37% Ja an der Urne einen Achtungserfolg erzielte.

Einsätze in Konfliktgebieten

Ist Gewaltfreiheit angesichts von bewaffneter Unterdrückung, Krieg und Waffen Gewalt überhaupt möglich? Diese Frage nach Notwehr stellt sich jedem Militärverweigerer unausweichlich. So war ich besonders fasziniert, als ich hörte, dass sich in Kanada eine Friedensorganisation namens Peace Brigades International/PBI bildete, die im Sinne von Gandhis Shanti Sena (Friedensarmee) gewaltfreie Einsätze in Konfliktgebieten plante. 1983 kam in Guatemala noch unter der Militärdiktatur ein erstes internationales Freiwilligenteam in den Einsatz. Es zeigte sich, dass die Präsenz von gewaltfreien Augenzeugen einen wirksamen Schutz für MenschenrechtlerInnen und Volksorganisationen vor Todesdrohungen und Entführungen durch Paramilitärs gewährleisten konnte – ohne Waffen, einzig durch internationale Präsenz und Beobachtung. Inzwischen laufen PBI-Projekte in Kolumbien, Nepal, Mexiko, Guatemala und Kenia, unterstützt auch von einer PBI-Ländergruppe in der Schweiz.

Während des Krieges in Ex-Jugoslawien in den 90er-Jahren beteiligte sich der IFOR an einer internationalen Ko-

alition, die als Balkan Peace Team/BPT im Konfliktgebiet zwei internationale, überparteiliche Teams in Einsatz brachte. In Kroatien konnte sich das BPT-Team zum Teil erfolgreich der schleichenden ethnischen Säuberung durch Vertreibung der serbischen Minderheit aus ihren Wohnungen widersetzen. Im Kosovo brachte das BPT-Team in Serbien albanische und serbische Studentenfürer, Frauen- und Jugendgruppen zu ersten Dialogschritten zusammen. Leider walzten dann die NATO-Bombardierungen diese zarten Anfänge der Verständigung wieder platt.

Demonstrationen gegen das WEF

Um die Jahrtausendwende wurden die verheerenden Folgen der neoliberalen Globalisierung immer deutlicher. In vielen Ländern formierten sich globalisierungskritische Bewegungen. 1999 gelang es ihnen, mit phantasievollen Massenaktionen die WTO-Verhandlungen in Seattle wirksam zu blockieren. Dies inspirierte auch in der Schweiz eine Bewegung, deren Widerstand sich vor allem gegen das alljährliche Treffen des World Economic Forum Treffen (WEF) der Global Leaders in Davos Ende Januar richtete. 2001 rief ein loses Bündnis verschiedener Gruppierungen zu einer grossen unbewilligten Kundgebung in Davos auf. Im Vorfeld inszenierte eine kleine Gruppe ein Strassentheater. Wir wurden prompt verhaftet; dies rief aber in den TV-Nachrichten ein grosses Echo hervor. Am Samstag dann gelang es den bunten Scharen der unbewilligten Demo, etwa zwei Polizeisperren gewaltfrei zu überwinden. Als sich die Lage zuspitzte, stimmten wir humorvolle Slogans an, forderten alle auf, einen grossen Kreis zu bilden und sangen Protestlieder. Schliesslich löste sich die Kundgebung ohne Gewalt auf.

Leider gelang es in den Folgejahren trotz intensiver Diskussionen im Oltenener Bündnis nicht, sich auf eine gewaltfreie Strategie zu einigen – rigorose Polizeisperren in Fideris und Massenverhaftungen in Landquart waren die Folge. Eine positive Aktion war dann wieder die gewaltfreie Zufahrtssperre 2004 auf der Autobahn beim Flughafen Kloten. An drei Trainingstagen brachten zwei erfahrene Aktivisten der Werkstatt für gewaltfreie Aktion in Freiburg i.Br. den BlockiererInnen bei, wie man Bezugsgruppen bildet, die dann gemeinsam und im Konsens die Aktion bestreiten, sich gegenseitig stützen und

auch schon vorher in Rollenspielen das Verhalten bei einer Verhaftung einüben.

Dank dieser intensiven Vorbereitung verlief die Blockade der 250 Teilnehmenden gewaltfrei; die Protestierenden liessen sich von den Polizisten nicht provozieren, sondern friedlich wegtragen. Ein starkes Zeichen des Protests, das den Verkehr immerhin etwa eine Stunde lahmlegte.

Gewaltfreie Trainings

Unter dem Motto «Niemand ist gewaltfrei geboren. Aber Frieden ist lernbar» entwickelte der Schweizer IFOR-Zweig ein ganzes Trainingsangebot zu Themen wie gewaltfreie Konfliktlösung, Dialogfähigkeit, Zivilcourage, Versöhnung etc. Die Kurse wurden von einer Animationsgruppe von freiwilligen KursleiterInnen durchgeführt, teils als ganze Zyklen, teils auf Anfrage von Schulen, Kirchgemeinden, KonfirmandInnenklassen, lokalen Frauen- und Friedensgruppen etc. Als Höhepunkt dieser gewaltfreien Ausbildung kann der einjährige Friedenskurs des Schweizerischen Ökumenischen Friedensprogramms mit seinen vier Blockwochen und der Projektarbeit gelten. Der Versöhnungsbund war mit seinen erfahrenen TrainerInnen sowohl an seiner Entwicklung wie später an der Durchführung massgeblich beteiligt.

Friedensseminar mit führenden kambodschanischen Mönchen

Unvergesslich ist auch das Friedensseminar, das wir 1989 im Pestalozzidorf Trogen während eines ganzen Monats mit den führenden buddhistischen Mönchen von Kambodscha durchführen durften. Mit einer der brutalsten Schreckensherrschaften hatten die Roten Khmer ganze Städte entvölkert und Millionen Menschen bestialisch umgebracht. 1989 kam es in Paris zu Friedensverhandlungen. Das Oberhaupt der Buddhisten, Maha Ghosananda – ein hochverehrter kambodschanischer Dalai Lama – war interessiert, auf neutralem Boden die führenden buddhistischen Mönche der vier Kriegsfractionen zusammenzubringen, um sich nach Jahren der Trennung und Feindschaft wieder persönlich zu begegnen und gleichzeitig die Rolle der buddhistischen Kirche im Friedensprozess zu klären. In den ersten beiden Wochen teilten Jean und Hildegard Goss-Mayr ihre eindrücklichen Erfahrungen mit dem Friedensschaffen in aller Welt und erarbeiteten mit ihnen die Grundlagen der

Am ersten Augustwochenende feierte der Internationale Versöhnungsbund (International Fellowship of Reconciliation – IFOR) am gleichen Ort in Konstanz am Bodensee, wo sich vor 100 Jahren am 1. August 1914 über 80 Delegierte aus 12 Ländern und von 30 Konfessionen zur *1. Internationalen Konferenz der Kirchen für Frieden und Freundschaft* getroffen hatten, seine Jubiläumsfeier. Doch während sich damals am gleichen Tag die europäischen Grossmächte gegenseitig den Krieg erklärten und deshalb die ökumenische Friedenstagung abgebrochen werden musste, damit die Gäste mit den letzten Zügen noch sicher nach Hause fahren konnten¹⁾, blieb das dreitägige Jubiläumstreffen mit einer Reihe von Veranstaltungen und Workshops zu «100 Jahren gemeinsam für Gewaltfreiheit und Versöhnung» anregend, aber ungestört²⁾.

Zwar war noch 1914 der 'British Fellowship of Reconciliation' gegründet worden (600 seiner Mitglieder wurden wegen Militärverweigerung ins Gefängnis gesteckt) und auch in Deutschland bildete sich ein Zweig (sein Gründer wurde wegen Hilfslieferungen an britische Kriegsgefangene zum Tode verurteilt), doch erst ein Jahr nach dem

Kriegsende, im Oktober 1919, fand die offizielle Gründung des IFOR in Bilthoven bei Utrecht statt. Der erste internationale Sekretär des IFOR war Pierre Cérésolle, der 1920 den Service Civil International (SCI) gründete und mit Hunderten freiwilliger HelferInnen kriegszerstörte Dörfer auf dem Schlachtfeld um Verdun wieder aufbaute.

Friedens-, Aufbau- und Versöhnungsarbeit leistete der IFOR immer wieder, so bei der Rettung verfolgter Juden während der Nazizeit und zwischen Deutschen und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg oder etwa nach dem Bürgerkrieg in Nord-Uganda im letzten Jahrzehnt. IFOR-Leuten wurde auch mehrmals mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, so die Irin Mairead Corrigan Maguire oder der Argentinier Adolfo Pérez Esquivel. Der Schweizer IFOR-Zweig hat zum internationalen 100jährigen Jubiläum eine Wanderausstellung zu seinen Aktivitäten sowie eine Broschüre mit einer separaten Zeittafel herausgegeben. (pw)

- 1) FRIEDENSZEITUNG Nr. 8 vom März 2014 (S. 6)
- 2) Bericht im 'NonViolenz-Miroir' vom August 2014
- 3) Dokumentation «100 Jahre für Gewaltfreiheit» (erhältlich bei www.ifor-mir.ch)

Gewaltfreiheit aus buddhistischer Sicht. Im zweiten Teil ging es um die konkrete Umsetzung mit einem holländischen IFOR-Trainerpaar.

Noch sehe ich die ehrwürdigen Mönche vor mir, wie sie im Rollenspiel den Konflikt zwischen einem heimkehrenden Flüchtling und Vertriebenen inszenieren, die inzwischen ihr Land und Haus besetzten. Ein einmaliges Bild auch die Mönche in ihren orangenen Kleidern beim Wandern und Austausch in der grünen Appenzeller Hügellandschaft. Im Nachhinein erfuhr ich, dass die Buddhisten jedes Jahr einen grossen wochenlangen Friedensmarsch (Dhammayetra) mit Hunderten von Teilnehmenden in eine der Konfliktzonen durchführten, um der lokalen Bevölkerung eine Friedensstimme zu verleihen.

Herausforderungen heute

Seit 2000 Jahren sind wir vor die Aufforderung und Zumutung Jesu gestellt, nicht Auge um Auge zu vergelten, sondern die Feinde zu lieben, und lieber selber Nachteile in Kauf zu nehmen, als anderen Schaden zuzufügen. Böses mit Gutem zu vergelten. Dies setzt voraus, dass im-

mer mehr Menschen bereit werden, die Macht der Gewaltfreiheit mit ihrer ganzen Existenz zu verkörpern. Gewaltfreie Aktion braucht Mut, Phantasie, Ausdauer, Energie und unabhängiges Denken.

Heute ist in einer von Gewalt zerrissenen Welt die Gewaltfreiheit vordringlicher denn je: Kriegsherde wie Ukraine, Syrien, Irak, Afghanistan, Nigeria, Somalia, Südsudan stellen uns vor die Frage, wie regionale Konflikte gelöst, und föderale, demokratische Zivilgesellschaften aufgebaut werden können. Hunger und Not in vielen Ländern des Südens erfordern gerechtere Handels- und Wirtschaftsstrukturen. Klimawandel und Rohstoffausbeutung rufen nach einem grossen gewaltfreien Umbau des Wirtschaftssystems in Richtung auf eine Postwachstumsgesellschaft und einfachen Lebensstil. Wir alle sind gefordert, unseren Beitrag zu einer neuen, friedlicheren Weltgemeinschaft zu leisten. Gemeinsam sind wir stark. Gewaltfreiheit führt nicht immer sofort zum Erfolg – Gewalt aber noch weniger. Gewaltfreies Handeln braucht Geduld – es ist aber immer möglich. Packen wirs an!

Ueli Wildberger

Zwischen den Fronten des Krieges

Vor zwölf Jahren unterschrieb der senegalesische Staat die UNO-Resolution 1325 über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen. In der Casamance im Süden des Senegal, wo seit über 32 Jahren ein «Krieg niederer Intensität» um die Unabhängigkeit von der Zentralregierung geführt wird, fordern Frauenverbände ihren Platz bei den Friedensverhandlungen. Nicht alle mächtigen AkteurlInnen des Konfliktes sind damit einverstanden.

/ Martina Backes /

Ein Baumstamm versperrt die Strasse, die über die Grenze führt. 250 Frauen steigen aus vier Überlandbussen. Vor einem Posten an der Grenze zwischen der Casamance im südlichen Senegal und Gambia kommt es zu einem Streit. Weder der Passierschein, den die Verwaltung in Ziguinchor ausgestellt hat, noch die Telefonate mit der Leitung der senegalesischen Transportgewerkschaft, die einen landesweiten Streik verordnet hat, ermöglichen die Weiterfahrt. Dass der Streik der Transporteure wichtiger sein soll als ihre Mission, dafür haben die Frauen kein Verständnis.

Ihre «Karawane für den Frieden», die sich Anfang Januar auf die Reise zur senegalesischen Hauptstadt Dakar gemacht hatte, schlug schliesslich den langen Weg ein: 20 Stunden zusätzliche Fahrt über teils unbefestigte Pisten rund um das kleine Land Gambia, das die Casamance vom Norden des Senegal trennt. Ziel der Karawane ist das «Symposium für den nachhaltigen und endgültigen Frieden in der Casamance». Organisiert von der PFPC (Plateforme des Femmes pour la Paix en Casamance), will das Symposium an die politisch verantwortlichen AkteurInnen des Casamance-Konfliktes appellieren und die Öffentlichkeit in Dakar für den Frieden im Süden des Landes mobilisieren.

32 Jahre «Krieg niederer Intensität»

Der nunmehr über 32 Jahre währende «Krieg niederer Intensität» in der Casamance gehört zu den vergessenen Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent.

Diese Klassifizierung ist einerseits der Asymmetrie des Krieges und der Form der Kriegsführung sowie der Anzahl an Opfern geschuldet: Geschätzt werden rund 5000 Tote; genaue Angaben gibt es indes nicht. Die blosser Zahl der Todesopfer wird der Lebensrealität und empfundenen Bedrohung der vom Krieg Betroffenen ohnehin kaum gerecht. So leben grosse Teile der Bevölkerung bis heute in verminten Gebieten. Andere sind als Opfer von Anti-Personen-Minen traumatisiert oder sind infolge von Vertreibung und Flucht bis in die Nachbarländer Gambia und Guinea-Bissau als Mittellose oder Landlose ohne Zukunftsperspektive marginalisiert.

Gegründet wurde die PFPC vor zwei Jahren von Frauenverbänden und Friedensaktivistinnen anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der UNO-Resolution 1325 seitens des senegalesischen Staates. Diese Resolution besagt, dass Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktklärung und Wiederaufbau mit einzubeziehen sowie Verbrechen und Gewalt gegen Frauen im Kontext von Kriegshandlungen als Kriegsverbrechen zu ahnden sind. Um es nicht bei reinen Absichtserklärungen zu belassen, wollte die PFPC im Januar dem Präsidenten Macky Sall in einem Protestmarsch auf den Strassen Dakars öffentlich ein Memorandum überreichen. In dem Dokument fordern die VertreterInnen von über 170 Mitgliedsorganisationen der PFPC mit über 20'000 Frauen ihre gleichberechtigte Teilnahme an den Friedensverhandlungen über die Zukunft der Casamance.

Seit die Waffen sprechen

Die verschlossene Grenze zu Gambia steht symbolisch für den Ausschluss der Frauen vom Verhandlungstisch der AkteurlInnen, die den Krieg in der Casamance zu verantworten haben. Die Abweisung an der Grenze und die dadurch bedingte verspätete Ankunft der Friedenskarawane in Dakar sind auch ein Ausdruck der Enklavenlage. Durch Gambias Territorium vom trockenen Norden geografisch abgeschnitten, gehört die Casamance zu den strukturschwachen Regionen des Landes. Zwar

ist sie reich an Niederschlägen, Bodenschätzen, landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, Wäldern und Fischgründen.

Doch die Mehrzahl der Menschen ist arm, nur wenige Dörfer haben Strom. Gesundheitsstationen und Krankenhäuser gibt es kaum. Die einzige Industrieanlage in der Casamance, eine Fischfabrik, liegt seit Jahren brach. Der Tourismus blieb weitgehend aus, seit Reise警告ungen wegen bewaffneter Kämpfe ausgesprochen wurden. An den wenigen verbleibenden TouristInnen verdienen vornehmlich internationale Reiseveranstalter. Holzeinschlagfirmen roden in der Casamance die Wälder, ohne Lizenzen. Das Holz wird illegal über den Hafen von Banjul oder Bissau exportiert, während Gambia landesweit ein Abholzverbot ausgesprochen hat.

Priesterinnen der heiligen Wälder

Fehlende Versorgungsstrukturen und die Armut, die zwei Drittel der Bevölkerung trifft, sind Grund wie auch Folge des gewaltsamen Konfliktes in der Casamance, der zwischen dem senegalesischen Militär und den Rebellengruppen des MFDC (Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance) seit 1983 mit militärischen Mitteln ausgetragen wird. Nur kurz unterbrochen von sporadischen Friedensverhandlungen und Waffenstillständen, die immer wieder gebrochen wurden, ist der Konflikt bis heute nicht beigelegt.

Der Startschuss fiel am 26. Dezember 1982, als DemonstrantInnen (viele unter ihnen waren sehr jung und schlossen sich der StudentInnenbewegung an) in Ziguinchor an Regierungsgebäuden senegalesische Flaggen gegen die weisse Flagge der Casamance austauschten und der MFDC die Unabhängigkeit forderte. Das Militär antwortete mit Schüssen und Festnahmen. Als angesehene Autoritäten der Gesellschaft stellten sich die traditionellen Priesterinnen der heiligen Wälder zwischen Militär und Demonstrierende. Der damalige Kopf des MFDC, der katholische Priester Augustin Diamacoune Senghor, wurde wegen Angriffs auf die Integrität des Landes zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt und inhaftiert. Der Protestmarsch im Folgejahr



1983 zum Gedenken an die Gewalt endete mit 50 bis 200 Toten. Er führte zur Gründung des bewaffneten Flügels des MFDC, genannt ATIKA. Deren Kämpfer führten fortan mit dem ausdrücklichen Segen der traditionellen Priesterinnen einen Buschkrieg.

Zäh und schonungslos

Nach Jahren der Opposition sowie gewaltsamen Demonstrationen, denen vom senegalesischen Staat mit zunehmender militärischer und juristischer Härte begegnet wurde, änderte sich zu Beginn der 1990er Jahre die Austragungsweise des Konflikts. Im Mai 1990 griff ATIKA erstmals militärische Ziele an, aber auch ZivilistInnen, die der Zusammenarbeit mit der Regierung bezichtigt wurden. Im Gegenzug nahm die Armee Hunderte von Personen fest, folterte oder exekutierte sie. Die Bevölkerung befand sich in der Schusslinie beider Fronten.

Verratsvorwürfe und Verleumdungen säten Angst und Schrecken. Die Beschlagnahmung von Ernten und Lebensmitteltransporten entzog der Landbevölkerung ihre ökonomische Basis und verbreitete Hunger und Armut auch unter denen, die in die Stadt geflohen waren. Strassenblockaden, verminten Wege und Felder sowie Mord und Folter traumatisierten grosse Teile der Land-

bevölkerung. Der MFDC wurde für den senegalesischen Staat ein nicht greifbarer Gegner, der sich dank Waffen- und Drogenhandel und mit zeitweiliger Unterstützung der Nachbarstaaten Gambia und Guinea-Bissau in dem bewaldeten und von Wasserarmen durchzogenen Gebiet der Casamance halten konnte.

Erste Waffenstillstandsabkommen wurden 1991 und 1993 geschlossen. 1999 folgte ein weiteres, 2001 ein erstes Friedensabkommen. Eine Einigung über die Unabhängigkeitsfrage war jedoch nicht in Sicht. Mit dem Tod des MFDC-Führers Senghor, der als Ansprechpartner für die senegalesische Regierung galt, eskalierte im Jahr 2007 der Krieg erneut. Ab Herbst 2009 mehrten sich bewaffnete Kämpfe und die weitere Aufspaltung des MFDC in verschiedene Lager.

Die zweite Generation von Kämpfern

Während die erste Kämpfergeneration ihre Gefechte für die Unabhängigkeit der Casamance von der Zentralregierung in Dakar mit einer antikolonialen Befreiungsrhetorik begründete und auf verbreiteten Zuspruch der Zivilbevölkerung setzen konnte, ist die zweite Generation von jungen Kämpfern – aufgewachsen im Untergrund, ohne Schulbildung und Beruf oder greifbare wirtschaftliche Alternative zum Kriegeraustzug – eine in vielerlei Hinsicht zer-

strittene Gruppe. Innerhalb des MFDC kam es zu Spaltungen, sodass die Friedensverhandlungen und -abkommen nie von allen MFDC-Fraktionen mitgetragen wurden. Das wiederum machte es dem senegalesischen Militär leicht, die alleinige Schuld für wiederaufflammende Kämpfe auf die Gegner zu schieben und erneut Rebellenstützpunkte zu bombardieren. Amnesty International gibt an, Beweise für illegale Hinrichtungen durch senegalesische Sicherheitskräfte zu haben. Von der anderen Seite, den Splittergruppen des MFDC, wurde insbesondere Angehörigen der Ethnien Manjak, Mandingue, Balante oder Mancagne vorgeworfen, den MFDC nicht ausreichend zu unterstützen oder gar zu verraten. Es kam zu zahlreichen Morden durch Kämpfer des MFDC.

Bis 2012 waren über 62'000 Menschen aus ihren Dörfern geflohen, die meisten von ihnen in die Stadt Ziguinchor oder in die Nachbarländer. Eine Studie von Handicap International zählte allein bis 2006 über 702 Minenopfer, 80 Prozent von ihnen sind ZivilistInnen. Geiselnahmen und Folter gehören auf allen Seiten zum kriegerischen Handeln. Zuletzt wurden im Sommer 2013 zwölf Minenräumer von Aufständischen als Geiseln genommen. Wenige

Fortsetzung Seite 16

Tage vor dem Friedenssymposium in Dakar diesen Januar riss eine Mine einer Frau die Beine weg. Neben der Gefahr, durch eine Tretmine zu Schaden oder zu Tod zu kommen, sind Überfälle, das Anzünden von Wohnhäusern und Vergewaltigungen Teil der Kriegsführung.

Gegen das Schweigen

Über das Erlittene legte sich, aus Furcht vor Bestrafung wegen Verrats, ein ausgedehntes jahrelanges Schweigen. Im Bericht «Casamance Women Speak Out» von Amnesty International beschrieben 2003 erstmals betroffene Frauen detailliert die Verstümmelungen ihres Körpers und die psychischen Konsequenzen der Vergewaltigungen. Auf dem Symposium im Januar 2014 in Dakar legte die Plattform der Frauen für den Frieden – und damit erstmals die Frauen selber – öffentlich Zeugnis von ihrer Situation ab und berichteten von den Gräueln, die sie erlitten haben.

Während nur wenige Frauen auf Seiten des MFCD aktiv kämpften, trugen fast alle die Last des Krieges: Als Opfer



von Minen, Witwen von Rebellen und Soldaten, als Alleinerziehende, die mit wenig Geld die Verantwortung für die Familien, Kinder und Alten übernehmen. Viele können als Folge von Traumata und Vergewaltigungen ihren Berufen nicht mehr nachgehen.

Friedensarbeit im Alltäglichen

So hat jede der Frauen der Friedenskarawane ihre eigene Geschichte über diesen Krieg. Was sie miteinander teilen, ist der unbedingte Wille zum Frieden und der Entschluss, das lähmende Schweigen zu brechen. Mit gewaltfreien Mitteln leisten sie Friedensarbeit im Alltäglichen: In zerstrittenen Familien, die auf beiden Seiten der Kriegsparteien ihre Söhne

verloren haben, bei Nachbarn, die sich nun Felder und Brunnen mit zurückgekehrten Flüchtlingen teilen müssen.

Eine auch politisch bedeutende Rolle spielen die Frauenorganisationen Usoforal und Kabonketoor. In der ersten sind Frauen aller ethnischen Bevölkerungsgruppen, Religionen und sozialen Schichten aktiv. Unter dem Namen Kabonketoor haben sich die heiligen Prierinnen zusammengeschlossen, die in den 1980er Jahren der ersten Generation von MFCD-Kämpfern ihren Segen erteilt hatten. Sie traten im Januar als Mitglieder der PFPC auf die Bühnen des Symposiums und stellen sich vor über tausend BesucherInnen auf die Seite der FriedensaktivistInnen, mehrheitlich Frauen.

Versöhnungsprozesse

Seit über einem Jahrzehnt sind die Friedenskräfte von Usoforal und Kabonketoor in Dörfern und Wohnsiedlungen unterwegs, legen kollektive Gemüsegärten an, schulen Frauen in Existenzgründungen und bilden Jugendliche in Mediation und gewaltfreier Kommunikation aus. Andere gründeten das Bürgerradio Kasumai FM (Radio der Frauen für den Frieden), das Stimmen hörbar macht, die unter der Kontrolle des Staates und der MFCD öffentlich kaum vertreten waren. Freiwillige organisieren Schulen und Kindergärten, damit vom Krieg betroffene und mittellose Eltern Einkommen erwirtschaften und Felder bestellen können.

Andere betreiben mobile Gesundheitsstationen und Geburtshilfezentren. Die vielen Freiwilligen kompensieren den Mangel an staatlichen Versorgungsstrukturen in den vom Krieg verwüsteten Gebieten. Mit ihrer mühsamen Kleinarbeit stossen sie Prozesse der Vergebung und Versöhnung an der Basis der Gesellschaft an. Dafür erhalten die Frauenorganisationen, in denen – wenn gleich nicht in den Führungspositionen – auch Männer mitwirken, von der Zivilgesellschaft grosse Anerkennung.

Der Präsident hatte keine Zeit

Die grossen politischen AkteurInnen des Konfliktes halten sich indes von der Friedensarbeit fern. So hatte Präsident Macky Sall trotz Einladung zum Friedenssymposium einen Auslandstermin wahrgenommen und konnte das Memorandum, das die Friedenskarawane ihm überreichen wollte, nicht entgegenneh-

men. Der Protestmarsch, der als symbolische Übergabe gedacht war, wurde abgesagt. Seynabou Cissé vom Comité Régional de Solidarité des Femmes pour la Paix en Casamance (CRSFPC / Usoforal) kommentiert dies so: «Sie haben uns alle möglichen Steine in den Weg gelegt, damit das Symposium nicht stattfindet. Sie haben gehofft, wir würden auf den von ihnen ausgelegten Bananenschalen ausrutschen, damit wir nicht auf die Strasse gehen und die Leute unsere Anliegen nicht hören. Bei der nächsten Gelegenheit werden wir ihre Wege mit Spülmittel präparieren. Wir müssen uns sehr gut vorbereiten.»

Wie recht sie hat, belegt ein Blick auf das Onlinemagazin von Le Journal du Pays, das Ende September von einem «Täuschungsmanöver» der PFPC spricht und die Vertreterinnen der führenden Frauenorganisationen namentlich beschuldigt, mit unrealistischen Versprechen Geld bei internationalen Gebern und der Weltbank einzutreiben und zu veruntreuen. Die diffamierenden Kommentare der MFCD-Anhängerschaft von Le Journal du Pays sind Ausdruck ihrer ideologischen Verschlossenheit. Offensichtlich ängstigt es sie, dass die Frauen die Friedensarbeit vor Ort ohne ihren Segen machen.

Res. 1325: Wortbrüchige Regierung

In der Casamance glaubt kaum mehr jemand an die vom MFCD ursprünglich angestrebte Unabhängigkeit, wengleich die Stimmung gegenüber der Regierung von Macky Sall mehr als verhalten ist. Viele Casamançais knüpfen grosse Hoffnungen an die derzeit diskutierte Regionalisierung der senegalesischen Politik. Der Graben, der sich ehemals zwischen Norden und Süden formierte, hat sich längst zwischen die mächtigen AkteuerInnen des Krieges und die zivile Bevölkerung geschoben.

Am 31. Oktober jährt sich die Verabschiedung der Resolution 1325 zum zwölften Mal. Beim Afrikanischen Sozialforum Anfang Oktober in Dakar erinnerte die PFPC die Öffentlichkeit daran, dass die senegalesische Regierung damals zugesichert hat, den Frauen ihren Platz am Verhandlungstisch einzurichten. Bislang ist sie wortbrüchig.

Martina Backes ist Mitarbeiterin des in Freiburg i.Br. erscheinenden Zweimonatsmagazins iz3W – Informationszentrum 3. Welt. Sie bereiste die Casamance Anfang dieses Jahres. Ihr Beitrag ist in der Ausgabe 345 vom November/Dezember 2014 erschienen. Untertitel durch die Redaktion.

Menschenrechte auf der Traktandenliste

Matthias Hui, Redaktor der 'Neuen Wege' und Mitarbeiter von humanrights.ch, war Koordinator der Arbeitsgruppe OSZE der schweizerischen NGO. Er zieht hier eine Bilanz des einjährigen OSZE-Vorsitzes der Schweiz.

/ Matthias Hui /

Bundespräsident Burkhalter sprach vor der UNO-Vollversammlung von einer «alten Liebesgeschichte»: die Schweiz und die OSZE. Warme Worte in aussenpolitisch kühlen Zeiten. Diese sind zum einen gekennzeichnet von einem volkstümlichen Isolationismus und entsprechender gouvernementaler Schadensbegrenzung. Zum anderen steht grenzenloser Freihandel oben auf der Agenda, mit China und anderen aufstrebenden Staaten. Von dieser unerfreulichen Gemengelage hebt sich das Schweizer Engagement im Rahmen des Vorsitzes der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ab.

Die Schweiz hat 2014 mit relativ bescheidenen Mitteln einen bemerkenswerten Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Konfliktbearbeitung an den Tag gelegt. Die Task Force OSZE-Vorsitz unter der Leitung von Botschafterin Heidi Grau und die Vertretung bei der OSZE in Wien mit Botschafter Thomas Greminger leisteten hervorragende Arbeit. Der verstärkte Einbezug der Zivilgesellschaft wurde als eine der Schweizer Prioritäten für das Präsidentschaftsjahr auch umgesetzt.

Zivilgesellschaft glaubwürdig einbeziehen

So kam es vor, dass an einer OSZE-Konferenz in Interlaken zur Terrorismusbekämpfung der US-Botschafter sein Land als Speerspitze im Kampf um Rechtsstaatlichkeit darstellt und umgehend an Guantanamo und Abu Ghraib erinnert wird – durch US-Menschenrechtsorganisationen, eingeladen von der Schweiz. Oder: Das EDA setzte viel daran, an einer von der Schweiz und lokalen NGO getragenen Konferenz im Südkaukasus auch aserbaidjanischen Menschenrechtsorganisationen eine Plattform zu bieten, die derzeit unter einer brutalen Repressionswelle leiden.

Der Ukraine-Konflikt wurde, völlig unerwartet, zum Brennpunkt der OSZE-Arbeit. Ausgerechnet hier versagten die OSZE-Institutionen unter dem Schweizer Vorsitz aber weitgehend, die Zivilgesellschaft bei der Konfliktbearbeitung glaubwürdig einzubeziehen. Allerdings scheint die verpasste Chance erkannt zu sein: Das EDA beabsichtigt, über 2014 hinaus in der OSZE und bilateral ukrainische Basisorganisationen zu unterstützen.

Damit soll der Spirale von Militarisierung und Internationalisierung des Konflikts entgegengetreten werden. Der Zugang zur Politik soll sich für die Zivilgesellschaft und speziell für Frauen nicht weiter verengen. Die Schweiz war im Ukraine-Konflikt imstande, kreative Ansätze ins Gespräch zu bringen und zum Teil auch durchzusetzen. Sie stellt erfahrene DiplomatenInnen und Konfliktbeobachter, finanzielle Mittel und politische Kontaktnetze zur Verfügung. Didier Burkhalter streicht zurecht heraus, dass er und seine DiplomatenInnen die Anerkennung aller Konfliktparteien zu gewinnen vermochten, auch jene Moskaus. Wohl der grösste Erfolg für die Schweiz liegt jedoch darin, dass es gelungen zu sein scheint, das schlummernde Potenzial der OSZE zu reaktivieren.

Die Menschenrechte in Russland

Russische Menschenrechtsaktivisten sprechen allerdings von zwei Gesichtern der Schweiz: Jenem der klug handelnden OSZE-Schweiz. Und jenem einer anderen Schweiz, die in Russland ihre Wirtschaftsinteressen ins Zentrum stellt, ihr eigenes Land für die russischen Oligarchen und ihr Rohstoffgeschäft weit offen hält und sich gleichzeitig ausschweigt gegenüber dem rapide schrumpfenden Handlungsspielraum für russische Menschenrechtsorganisationen.

In jüngerer Zeit gibt es Anzeichen, dass die Schweiz beginnt, die Menschenrechtssituation in Russland offener anzusprechen. Nur so nimmt sie die Verpflichtung aller Staaten zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern ernst. Die Schweiz gab ihr mit einer grossen OSZE-Konferenz in Bern im Sommer 2014 eine Plattform. Nur so bleibt sie in der Frage der Prävention von Folter

glaubwürdig. Die Schweiz setzte sie 2014 an mehreren Konferenzen und in enger Zusammenarbeit mit NGO zuoberst auf die OSZE-Traktandenliste.

Modellcharakter soll das von der Schweiz neu geschaffene Instrument einer Selbstevaluation haben: Inwiefern setzt der jeweilige Vorsitzstaat die OSZE-Verpflichtungen zu Demokratie und Menschenrechten zu Hause um? Das EDA gab beim Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte eine Studie in Auftrag. Das Resultat: Ganz offensichtlich hat auch die Schweiz OSZE Hausaufgaben zu erledigen. Etwa bei der undurchsichtigen Parteienfinanzierung, beim oft zu restriktiven Demonstrationsrecht in Kantonen und Gemeinden, bei der Nichteinhaltung der Rechte von Sinti und Roma oder bei der unzulänglichen Gleichstellung der Geschlechter.

Nicht unauffällig aus der Affäre ziehen

An einer Tagung der OSZE-Zivilgesellschaft in Basel wird auch die Schweiz zum Thema. NGO werden ihren Blick verlagern vom kostspielig gesicherten Konferenzstandort der OSZE-Ministerratskonferenz auf das wenige hundert Meter entfernte Ausschaffungsgefängnis, das Flüchtlingsempfangszentrum oder die Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel im Sexgewerbe. Serbien übernimmt 2015 den OSZE-Vorsitz. Durch geschickte Diplomatie hat sich die Schweiz von Beginn weg auf ein zweijähriges Tandem mit Serbien festgelegt. Das EDA hat die Wegmarken so gesetzt, dass auch 2015 die Zivilgesellschaft in der OSZE eine grössere Rolle als bis anhin spielen dürfte. Kein leichtes Spiel für Serbien.

Die Schweiz wird sich nach dem diesjährigen Effort nun nicht unauffällig aus der Affäre ziehen können. Sie bleibt mitverantwortlich für die glaubwürdige Vermittlung im Ukraine-Konflikt, für Prioritäten wie den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen, die Prävention von Folter und von geschlechtsbasierter Gewalt und dabei überall für den nachhaltigen Einbezug der Zivilgesellschaft. Die Schweiz kann und darf die Rolle als «Hüterin» dieser Prozesse nun nicht abgeben wie den Hut des Vorsitzstaates, der ihr gar nicht schlecht stand.

Friedensnobelpreis an Malala Yousafzai



Es war nicht die erste und nicht die letzte Attacke auf eine Menschenrechtsaktivistin in Pakistan. Doch im Gegensatz zu vielen anderen erreichte und bewegte der brutale Angriff der Taliban auf die Schülerin Malala Yousafzai am 9. Oktober 2012 die breite Weltöffentlichkeit. Jetzt hat sie gemeinsam mit dem indischen Kinderrechtsaktivisten Kailash Satyarthi den Friedensnobelpreis 2014 erhalten.

/ Stella Jegher /

Malala Yousafzai war 14 Jahre alt, als radikale Taliban sie auf dem Nachhauseweg von ihrer Privatschule im pakistanischen Swat-Tal überfielen und beinahe ermordeten. Jahre zuvor hatte ihr Vater, ein engagierter Lehrer, sie einem ausländischen Journalisten für eine Reportage empfohlen. Auf der BBC-Website erschienen in der Folge unter einem Pseudonym regelmässig ihre Blogbeiträge, in denen sie sich gegen die Herrschaft der Taliban und für das Recht von Mädchen auf Schulbildung einsetzte. In diesem öffentlichen Engagement bestand aus Sicht der Attentäter denn auch ihr 'Verbrechen': Nicht nur Mädchen, die zur Schule gehen, sind ihnen ein Dorn im Auge,

sondern auch und ganz besonders Frauen und Mädchen, die sich öffentlich für ihre Rechte einsetzen. Sie sollen bestraft und zum Schweigen gebracht werden.

Zeichen für Recht auf Schulbildung

Am 10. Oktober 2014 hat Malala gemeinsam mit dem indischen Kinderrechtsaktivisten Kailash Satyarthi den Friedensnobelpreis 2014 erhalten, als jüngste Preisträgerin aller Zeiten. Es war nicht die erste Auszeichnung für die junge Muslimin: Mehr als zehn weitere Preise von anderen Institutionen und Menschenrechtsorganisationen waren vorausgegangen, darunter der Sacharow-Preis, der Internationale Kinder-Friedenspreis und der Amnesty International-Preis «Botschafterin des Gewissens».

Solche Preisvergaben setzen Zeichen. Im Fall von Malala zunächst sicher ein Zeichen für die Rechte von Frauen und Mädchen auf gleichberechtigten Zugang zu Schulbildung. 31 Millionen Mädchen auf der Welt wird diese vorenthalten. Gefahren auf dem Schulweg und fehlende finanzielle Mittel der Eltern werden als Gründe geltend gemacht, der Heiratsdruck sowie kulturelle Vorurteile kommen dazu. Die wachsende Macht fundamentalistischer Strömungen trägt

das ihre dazu bei, so auch in Malalas Heimat im Nordwesten Pakistans, wo unter dem Einfluss der Taliban Mädchenschulen zerstört und der Schulbesuch von Mädchen verboten wurde. Die Folgen sind weitreichend: Mädchen ohne Bildung werden früher schwanger, haben kaum Zugang zum Arbeitsmarkt, weniger Chancen auf ein eigenständiges Leben und gesellschaftlichen Status, oft auch eine prekärere Gesundheit.

... und für den Menschenrechtsschutz

Malalas öffentliche Auszeichnungen sind aber auch Zeichen für das Recht auf freie Meinungsäusserung und für die dringende Notwendigkeit, Frauen, die davon Gebrauch machen, besser zu schützen. Für viele Aktivistinnen, die sich in ihren Ländern für Frauen- und Mädchenrechte einsetzen, ist die Preisvergabe an Malala eine grosse Ermutigung. Doch während Malala trotz der Todesdrohungen der Taliban heute in England einigermaßen in Sicherheit lebt, sind für andere die Drohungen, die sie alltäglich erhalten, weiterhin sehr real und werden nicht selten umgesetzt.

Nicht nur in Pakistan ist der Spielraum von Menschenrechtsverteidigerinnen in den letzten Jahren enger geworden, auch in vielen anderen Ländern nehmen radikale Fundamentalisten Frauen und Mädchen ganz besonders ins Visier. Von Programmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (!), wie sie auch die Schweizer Aussenpolitik kennt, werden Frauen oft nicht erreicht. Im November 2013 hat deshalb die Uno-Generalversammlung eine spezifische Resolution zum Schutz von «Women Human Rights Defenders» verabschiedet. Ihre konsequente Umsetzung etwa in Form von nationalen und regionalen Aktionsplänen steht allerdings noch aus. Hoffen wir, dass das Zeichen, welches die Friedensnobelpreisverleihung an Malala Yousafzai aussendet, in diesem Sinne auch die Schweiz an ihre besondere Verpflichtung erinnert, die Rechte von Frauenmenschrechtsverteidigerinnen konsequent zu schützen.

Stella Jegher ist Leiterin des Programms Medien-Lobbying und Frauenrechtsexpertin bei Amnesty International Schweiz

Für friedensfördernde Geldordnung

Die heutige Geldordnung, in der das Geld – entgegen der Intention der Verfassung (Art. 99 BV «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes») – in Form von Buch- oder Giralgeld als Bankkredit entsteht, ist weder zukunfts- noch friedensfähig. Der Präsident der laufenden Vollgeldinitiative erläutert die friedenspolitische Bedeutung des Volksbegehrens.

/ Hansruedi Weber /

Bankschuldengeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel. Es beruht darauf, dass die einen – die Banken – Geld «aus dem Nichts», d.h. ohne dass es im Vornherin da ist, zur Verfügung stellen. Dabei verpflichten sie die andern – die Nichtbanken, also Personen, Unternehmen oder Staaten – per Kreditvertrag dazu, das Geld im Nachhinein zu erwirtschaften und inklusive Zinsen zurückzuzahlen. Das ist ein Hochrisikosystem, bei dem sich die Banken darauf spezialisieren, die selbst geschaffenen Kreditrisiken so zu verwalten und zu manipulieren, dass die Gewinne bei ihnen anfallen und die Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Zwang zu steigender Verschuldung

Ein Schuldengeldregime spaltet die Gesellschaft in Wertschöpfende und Wertabschöpfende und privilegiert die Letzteren auf Kosten der Ersteren. Es spielt die Teilnehmer am Wirtschaftsleben gegeneinander aus. Es produziert illegitime Schulden, die als Mittel der Ausbeutung und Enteignung eingesetzt werden können. Es zwingt die Wirtschaft und den Staat zu steigender Verschuldung und zu ständigem Mehrwachstum. Es frisst die Lebenszeit der Arbeitenden und pfändet ihre Zukunft. Es destabilisiert die Wirtschaft, indem es die Wirtschaftszyklen verstärkt. Es vernachlässigt die sozialen und ökologischen Kosten, untergräbt die Demokratie und zerstört die Solidarität.

Diese und weitere Negativfolgen sind bekannt und können belegt werden. Dass sie eine friedliche Entwicklung nicht nur behindern, sondern verunmöglichen, dürfte offensichtlich sein.

Am schlimmsten trifft das Kreditgeld-diktat die Länder der Dritten Welt, weil sie die Schulden in ausländischer Währung zurückzahlen müssen. Um sich die Devisen zu beschaffen, korrumpieren sich ihre Regierungen, vernachlässigen die heimische Wirtschaft und verschleudern ihre natürlichen Ressourcen – alles Ursachen von Aufruhr und Migration.

Die Monetative übernimmt Kontrolle

Die Vollgeldreform bietet die einmalige Chance, von diesem Schuldengeldregime wegzukommen. Denn Vollgeld entsteht nicht als privater Bankkredit, sondern wird der Gesellschaft von der Zentralbank als öffentliche Infrastruktur und gesetzliches Zahlungsmittel schuldfrei und zinslos zur Verfügung gestellt. Dabei ist die Trennung von Geld und Kredit wichtig, denn heute ist Geld Kredit – mit allen beschriebenen Folgen. Die Zentralbank ist allein für die Herstellung und Kontrolle der umlaufenden Geldmenge (M1) zuständig, neu nicht nur für das bare, sondern ebenso das unbare (elektronische) Geld. Der Zahlungsverkehr und die Vermittlung von Geld zwischen Sparern und Investoren bleibt hingegen weiterhin den Banken überlassen, aber sie können kein eigenes Geld mehr schaffen.

Weil Vollgeld schuld- und zinsfrei entsteht, ist die Geldschöpfung für ein privates Unternehmen nicht mehr attraktiv. Daher braucht es eine transparente, interessenunabhängige, demokratisch beaufsichtigte öffentliche Institution, die die Geldschöpfung und die Kontrolle der Geldmenge übernimmt, die «Monetative». Diese ist per Verfassung dem Gemeinwohl und der Erhaltung der Kaufkraft verpflichtet.

Beschränkung der Geldproduktion

Die demokratische Beschränkung der Geldproduktion ist eine

Voraussetzung für ökonomische und politische Gerechtigkeit, ohne die es keinen Frieden geben kann. Geld, das nicht als Schuld geschaffen wird, entlastet zum einen die Gesellschaft und die Umwelt enorm. Zum andern dürfte sich auch das individuelle Verhalten verändern. Wenn die Kaufkraft erhalten bleibt, die Geldproduktion nicht mehr profitorientiert erfolgt und der bisher damit verbundene Schulden- und Wachstumszwang entfällt, kann soziales Engagement die systembedingte Existenzangst und Profitgier ersetzen.

Vollgeld allein wird den sozialen und ökologischen Frieden nicht herbeiführen. Aber zumindest verhindert ihn eine Vollgeldordnung nicht. Anders gesagt und in Anlehnung an die Einsicht von Dennis Meadows, Gründer des Club of Rome: Wir werden niemals Frieden schaffen, während wir ins gegenwärtige Finanzsystem verstrickt sind. Tatsächlich fördert eine Vollgeldordnung darüberhinaus eine lange Reihe von positiven Werten wie Nachhaltigkeit, Sicherheit, Stabilität, Fairness, Suffizienz, Kooperation, Solidarität, Verlässlichkeit, Vertrauen und Verantwortung. Damit erfüllt sie wichtige Bedingungen der Möglichkeit von Frieden. Grund genug, sie aus voller Überzeugung zu unterstützen.

www.vollgeld-initiative.ch



Demokratische Unterrichtsstunde

Arne Engeli, früherer Leiter des Tagungszentrums Wartensee und in den 1990er-Jahren Präsident des Schweizerischen Friedensrates, weilte vor 25 Jahren auf einer ökumenischen Besuchsreise in der DDR und erlebte dadurch die grosse Wende hautnah. Er führte ein Tagebuch, aus dem wir nachfolgend einige Einträge dokumentieren. Sie geben einen interessanten Einblick in die damalige Volksbewegung gegen das Regime, die wesentlich von kirchlichen FriedensaktivistInnen geprägt war.

Ich erinnere mich an die Zeit der Wende vor genau 25 Jahren, die ich mit einer Gruppe in Zwickau, Dresden und Leipzig unerwartet 'life' miterleben konnte. Damals waren die Friedensgebete in den Kirchen der Ausgangspunkt für die Demonstrationen. Die Kirchen haben über viele Jahre hinweg (nicht ohne interne Spannungen) ein Dach angeboten für die vielfältigsten Gruppen und waren der einzige Ort, wo sich die Menschen frei versammeln, aussprechen und lernen konnten, alternative Vorstellungen zu entwickeln.

Die konziliaren Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung haben in der DDR all das an Kritik und Vision formuliert, was dann durch die Aufbruchbewegung entfaltet worden ist. Die Friedensgebete bündelten die Energien und gaben den notwendigen Mut zu einem gewaltfreien öffentlichen Protest, der zur Wende führte.

Im wahren Sozialismus steckt das Christentum

Samstag, 7. Oktober

Die Königswalder Dorfkirche (bei Zwickau) kann den Besucherstrom zum Herbst-Friedensseminar kaum auffangen. Es sind 400, dicht gedrängt bis hinauf auf den Dachboden und draussen in einem Zelt. Namhafte Vertreter kirchlicher Kreise wie Carl Ordnung, Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz, und Volker Kress, Oberlandeskirchenrat, halten Referate zum Thema «40 Jahre DDR – was war, was ist, was wird». An der Podiumsdiskussion ist auch ein Vertreter des «Neuen Forum» zugegen.

Alle sprechen sich für die Beibehaltung des Sozialismus aus, stecke im wahren Sozialismus doch das Christentum und im Christentum der Sozialismus. Für die Armen in der Zweidrittelwelt bringe der Kapitalismus sowieso keine Hoffnung. Es müssten jedoch Wege einer Demokratisierung und Erneuerung des Sozialismus gefunden werden, welche hinausführen aus der verhängnisvollen Symbiose von Stalinismus und deutscher Gehorsamstradition. Ein offener Dialog zwischen der Regierung und dem Volk sei dringlich, etwa im Zentralstadion zu Leipzig mit offenem Mikrophon (Applaus!).



Die offene Atmosphäre in der Kirche, wo die Menschen an langen weissgedeckten Tischen bei Kaffee und Keksen sitzen, ist beeindruckend. Offenheit, Engagement, eine hochstehende Gesprächskultur und heitere Gelassenheit prägten die spannende Diskussionsrunde. Die Organisatoren zeigten sich erleichtert über den gewaltfreien Ablauf des Friedensseminars, hatten sie doch erfahren, dass sämtliche Sicherheitskräfte der Region im Hinblick auf die 40-Jahr-Feiern in höchste Alarmbereitschaft gesetzt worden seien.

«Eine Botschaft, die Kirchgänger zu Demokraten macht»

Sonntag, 8. Oktober

Der ökumenische Gottesdienst lässt uns spüren: Hier ist Kirche ein Ort, wo die Menschen in ihrer Bedrängnis und

mit den aktuellen Sorgen hingehen, um geistliche Stärkung, Gemeinschaft, Verankerung im Glauben zu erfahren. Viele Junge sind da. Der Auftrag Christi, nach Gerechtigkeit zu rufen mit friedlichen Mitteln, wird ernst genommen. «Wir verkünden eine Botschaft, die Kirchgänger zu Demokraten macht», sagt der Pfarrer. Wir schmecken hier das «Salz der Erde».

Montag, 9. Oktober

Wir können abends in Zwickau an einem Treffen aus allen sieben Arbeitsgruppen des konziliaren Prozesses teilnehmen: Friedensbibliothek, Friedensdienst (plant Wehrdienstberatungsstelle), Gerechtigkeit in der 2/3-Welt, Gerechtigkeit in der DDR (vor allem im Bildungswesen), Ökologie, Rumänien, theologische Reflexion. Alle diese Gruppen arbeiten (buchstäblich) unter dem Dach der Kirche und erfahren so Schutz und Unterstützung. Wir sind beeindruckt von der Vielfalt und der Ausstrahlung des Engagements.

Je ein Gründungsmitglied von «Neues Forum» und «Demokratie jetzt» stellen anschliessend ihre Bewegungen vor. Angestrebt wird eine Zusammenarbeit, doch sei die Vielfalt eine notwendige Alternative zur Einheitspartei. Noch fehlt es aber an klaren Vorstellungen; die Initianten sind übernächtigt, alles ist in Bewegung. Um 21.50 Uhr bringt der Superintendent persönlich die heiss erwartete telefonische Meldung aus Leipzig, es hätten heute abend 70'000 Leute an der Demonstration teilgenommen und es sei entgegen allen Befürchtungen zu keinem Polizeieinsatz gekommen. «Gott sei Dank» – «das hat's ja noch nie gegeben», quittiert die Runde.

Später erfahren wir mehr über die massiven polizeilichen und militärischen Vorbereitungen (Oberbürgermeister Reitmann: «Wir werden mit aller Härte durchgreifen!»), über den «Aufruf zur Besonnenheit», den acht prominente Leipziger über Rundfunk und an den Friedensgebeten in den Kirchen am Nachmittag verbreiten liessen (angeführt von Musikprofessor Kurt Masur), über den unerschrockenen Mut der Leute, nach dem Friedensgebet den Rundgang um den Altstadtring zu beginnen

(«Wir sind das Volk!»). Es ist ein entscheidender Tag im Aufbruchprozess.

Überstrapaziertes System

Dienstag, 10. Oktober

Eine Gruppe besucht eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. Sie beeindruckt uns durch ihre gepflegten, weiten Felder und durch die ansprechenden Leistungen in den Ställen. Schwierigkeiten ergeben sich aus der Grösse. Mit über 5000 Hektaren ist das betriebswirtschaftliche Optimum weit überschritten und die Tierkonzentration ist auch aus hygienischen Gründen zu hoch. Das Auseinanderreißen von Tierproduktion und Pflanzenbau in zwei getrennte LPG dürfte die Situation zusätzlich komplizieren: Es ergeben sich viel zu lange innerbetriebliche Wege, beispielsweise für Futter und Gülle. Die hohen Erzeugerpreise werden vom Staat subventioniert, sodass die Grundnahrungsmittel erschwinglich bis billig sind. Dieses System scheint aber überstrapaziert zu werden.

Eine andere Gruppe wandert unter sachkundiger Begleitung eines Försters auf den Kahleberg (Erzgebirge). Es ist windig, regnerisch und sehr kühl. Ich kann nur sagen: grauenhaft. Da ist Ödland, vergraste Steppe, wo einst dichter Fichtenwald stand. Hie und da sehe ich eine einsame Eberesche. Im wie umgepflügt aussehenden Boden ist da und dort ein umgekippter Wurzelstock zu sehen. Das ist alles, was übrigblieb.

Die Polizei legt die Schilde ab

Mittwoch, 11. Oktober

Gespräch mit Landesbischof Dr. Hempel in Dresden. Besorgnis äussert er über die Aussagen und die Reise des möglichen Honecker-Nachfolgers Egon Krenz zu den 40-Jahrfeiern in China: Peking ist nah! Die schwarze Wolke sei sichtbar, könne aber auch vorüberziehen. Die Möglichkeiten für einen Brückenschlag zwischen Kirche und Regierung seien begrenzt; doch es gäbe da immer wieder wunderliche Dinge, wie beispielsweise am vergangenen Sonntag. An diesem Abend standen sich Demonstranten und die bewaffneten Sicherheitskräfte gespannt gegenüber. Man befürchtete eine gewalttätige Konfrontation. Bischof Hempel und Superintendent Ziemer wirkten vom Dresdner Oberbürgermeister Berghofer die Zusage für Gespräche und ein Megaphon. Ihre Botschaft: «Es war ein langer Tag. Änderungen sind nötig, dafür seid ihr heute marschiert.

Zwanzig freigewählte Demonstranten können mit dem Oberbürgermeister die Reformbegehren besprechen. Bitte geht jetzt nach Hause. Die Polizei wird die Schilde ablegen und den Weg freimachen». Und welches Wunder: Die Menge löste sich friedlich auf.

Initiativen gegen ökologische Zerstörung und für Zivildienst

Freitag, 13. Oktober

Beeindruckendes Gespräch mit dem Arbeitskreis Ökologie Dresden, der seit 1980 in 13 thematischen Gruppen arbeitet. Besonders spektakulär ist der Widerstand gegen das geplante Siliciumwerk Gittersee, in dem Chlorgas produziert würde. Jeden ersten Sonntag im Monat findet eine Bittandacht mit 2000 Leuten in der Kreuzkirche statt; an einem Protestmarsch wurden Ordnungsbussen von insgesamt 20 000 Mark ausgesprochen. (Nachtrag: Das Siliciumwerk wird aus ökonomischen Gründen nicht gebaut.)

Samstag, 14. Oktober

Landesjugendpfarrer Bretschneider gibt uns Einblick in die Vorbereitungen und die Geschichte der Friedensdekade vom November. Der diesjährige Themavorschlag «Gemeinsam unter ungeteiltem Himmel» war von der Kirchenleitung im Sommer abgelehnt worden. Eine aktuelle Aufgabe ist zur Zeit, Zeugenaussagen über Verhaftungen und Gewaltanwendung der Polizei zu sammeln und der Staatsanwaltschaft vorzulegen. Eine andere Initiative betrifft die Einführung eines sozialen Friedensdienstes für Wehrdienstverweigerer in den Krankenhäusern, wo die Personalsituation katastrophal geworden ist. Seit 1985 ist kein Wehrdienstverweigerer mehr inhaftiert worden. (Nachtrag: Die Initiative konnte inzwischen im Sinne einer freiwilligen Vorleistung realisiert werden.)

«Zu viele verlassen unser Land»

Sonntag, 15. Oktober

Gottesdienst in der vollbesetzten Kreuzkirche. Zuerst wird ein Wort des Bischofs verlesen: «Es muss Gespräche geben über die Enttäuschungen und Verbitterungen vor allem junger Menschen. Zu viele verlassen unser Land – es ist unverantwortlich zu sagen, wir sollten ihnen nicht nachtrauern. Gewalt muss vermieden werden.» Darauf folgt eine Erklärung der Dresdner Dekane: «Gewaltlose Demonstranten wurden verhaftet, gedemütigt, oft auch geschla-

gen. Meldet uns alle Übergriffe. Wir fordern eine unabhängige Untersuchungskommission.»

In der Predigt zum Bibelwort «Ihr seid meine Freunde» (Joh. 15) streicht Dekan Ziemer heraus: «Also wir sind nicht mehr Knechte, die nicht wissen, was der Herr will, auch nicht souveräne Herren, sondern Freunde, mit jenen verbunden, die die Wende zum Besseren suchen. Unsere Aufgabe ist, Friedensstifter zu sein, wobei Friedensfähigkeit Konfliktfähigkeit bedeutet.» Im Lauf dieses Gottesdienstes entsteht ein Klima mitfühlender Liebe und zugleich werden wir ermutigt, nicht klein beizugeben, wo es um Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde geht.

Christen und Marxisten – je eine Minderheit

Montag, 16. Oktober

Wir beginnen unsern fünftägigen Aufenthalt in Leipzig mit einer Begegnung mit Dr. Knopfe, Dozent für Marxismus-Leninismus an der Karl-Marx-Universität. Einleitend zum Thema «Dialog Christen – Marxisten» erwähnt er Christen und Marxisten als je eine Minderheit in der DDR. Mit Blick auf die globalen Krisen sieht er ihre gemeinsame Aufgabe im Streben nach Frieden, Bekämpfung des Hungers und ökologisch verantwortungsbewusstem Handeln. Von der DDR-Führung erwartet er als Marxist jetzt eine wahrheitsgetreue Analyse der Situation.

Anschliessend begeben wir uns zum Friedensgebet in der Nikolaikirche, zu sammen mit dem Marxisten Knopfe. Eine grosse Kirche mit zweitausend Sitzplätzen, übervoll. Draussen warten noch Tausende von Menschen. Seit drei Jahren haben sich ein paar einfache Menschen, die wir kennenlernen durften, in einer kleinen Seitenkapelle beharrlich Woche für Woche zu einem Gebet für den Frieden versammelt. Heute erleben wir die Erfüllung, wenn wir singen: «Wenn einer alleine träumt, ist es nur ein Traum. Wenn viele gemeinsam träumen, so ist es der Beginn einer neuen Wirklichkeit.»

Nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche soll die Demonstration stattfinden. Nehmen wir daran teil? Gibt es Gewalt? Was passiert mit den Fallschirmspringern (ca. 800), die von der Ostsee nach Leipzig kamen? Gibt es zum ersten Mal Transparente? Wie

Fortsetzung Seite 22

verhält sich dann die Polizei? Und dann hören wir auf einmal die Rufe: «Wir sind das Volk! Keine Gewalt! Schliesst euch an! Demokratie – hatten wir noch nie! Gorbi, Gorbi! Neues Forum zulassen! Wir bleiben hier! Visa frei – Tschechoslowakei! Freie Wahlen!» Ähnliches steht auf den vielen Transparenten. Man sagt, es seien über 100'000 Demonstranten. Wir sind zuerst Zuschauer. Unsere Gastgeberinnen muntern aber dann ihre Gäste auf, jetzt endlich auch mitzulaufen. Es ist ein sehr friedlicher Abendspaziergang. Die Demonstrierenden strahlen eine grosse Kraft aus. Nur vor dem Gebäude der Stasi stehen bewaffnete Polizisten. Dort wird gepfiffen.

Honecker ist zurückgetreten!

Dienstag 17. Oktober

Als Einstieg in die Umwelt- und Energieprobleme besichtigen wir südlich von Leipzig den Braunkohletagebau. Alles ist gigantisch: die Bagger, die Mengen an Abraum, welche anfallen, um an die Kohle heranzukommen, die Grösse und Tiefe der Gruben. Die DDR bezieht ca. 90% ihres Energiebedarfs aus der Braunkohle. Jährlich werden 300 Mio. Tonnen Braunkohle abgebaut und der grösste Teil davon in Kraftwerken zur Stromerzeugung und für Heizzwecke verfeuert oder zu Briketts verarbeitet und exportiert. Da die Braunkohle und ihre Verarbeitung zur Hauptsache im Bezirk Leipzig konzentriert ist, ist die Belastung der Luft und der Gewässer hier besonders gross. Wir haben Gelegenheit zu hören, was die offiziellen Stellen dazu sagen können: Viel war es nicht.

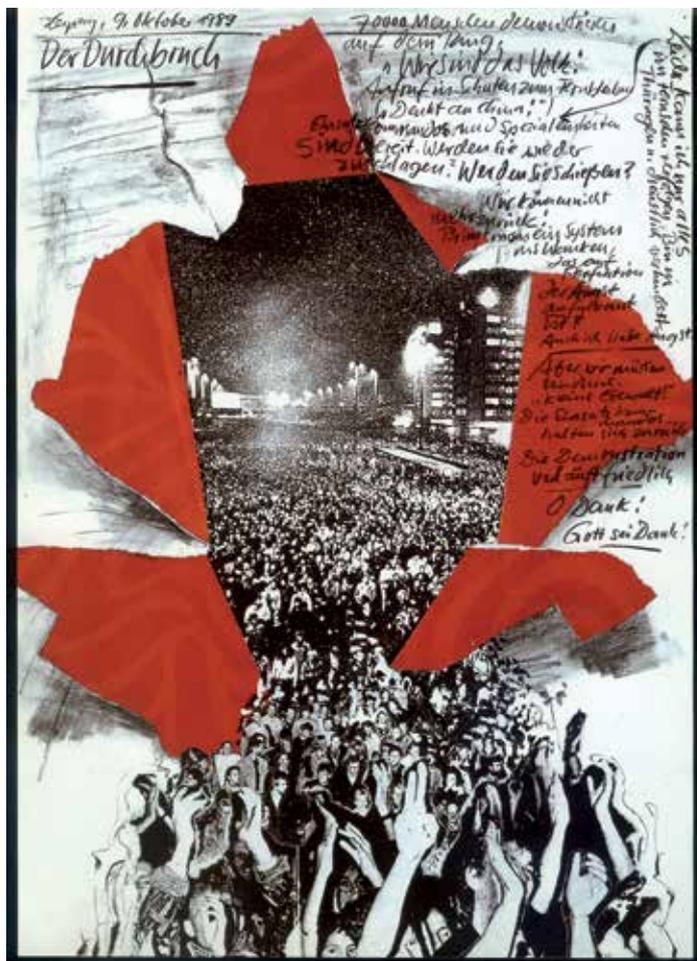
Mittwoch, 18. Oktober

Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht: Honecker ist zurückgetreten! Wer wird sein Nachfolger werden? Man hofft auf Modrow, den Dresdner SED-Bezirkssekretär, und befürchtet, es sei Krenz. Übrigens ist von Tag zu Tag in den Medien erheblich mehr Transparenz zu erkennen.

Frauenperspektiven in der DDR

Donnerstag, 19. Oktober

Zu Besuch bei einer Frauengruppe im Neubaugebiet Brünau. Wie schön ist das Ankommen im Kirchgemeindehaus! Ein grosser Tisch, liebevoll gedeckt und mit vielen brennenden Kerzen geschmückt, ein gluschtiges Buffet mit selbstzubereiteten Spezialitäten, dazu die herzliche Aufnahme: Mir ists von Anfang an wohl



in dieser Runde. Bei der persönlichen Vorstellung bekennen drei der acht Frauen, dass sie einen Antrag zur Ausreise in den Westen gestellt haben. Für mich ist es ein Schock. Bis jetzt haben wir immer von unsern Kontaktpersonen gehört, sie möchten sich in der DDR selber für Veränderungen einsetzen. Die 40jährigen Frauen nennen ihre Gründe: Das Gefühl, gegen Mauern anzurennen, ihr fruchtloser Einsatz, dazu eine persönliche Erfahrung, wegen eines westdeutschen Freundes die Stelle zu verlieren und persönlich diffamiert zu werden.

Frauenperspektiven in der DDR: Frauen sind voll ins Berufsleben integriert, die verschiedenen Berufszweige stehen sowohl Frauen wie Männern offen. Aber die Untervertretung der

Frauen in Funktionen des öffentlichen Lebens erlebe ich auf der ganzen Reise. Viele Männer reden zu mir und nur wenige Frauen. Obwohl ich um die Schwierigkeiten im beruflichen Werdegang von Frauen, die auch Mutter sind, weiss (durch das Muttersein gibt es Unterbrüche, die sich schlecht überbrücken lassen, da Teilzeitarbeit durch den Staat überhaupt nicht gefördert wird), stört mich diese Männerlastigkeit sehr.

Sprache schafft Bewusstsein und zeugt von Bewusstsein. Unsere erste Gastgeberin nennt sich «Tierarzt», die Bevölkerung der DDR wird mit «liebe Bürger» angesprochen und die Kirchgemeinde mit «liebe Brüder» (mit wenigen Ausnahmen), die CDU-Kreisvorsitzende nennt sich «Sekretär» der CDU, und wir als Gruppe waren 17 Mann. Von einem Ehepaar wurde gesagt: «Wenn zwei Mann verdienen...»

Ein Stück menschlichere Zukunft

Freitag, 20. Oktober

So wie der erste Tag unserer DDR-Reise mit einem kirchlichen Friedensseminar begann, endet der letzte mit der Teilnahme an einer kirchlichen Solidaritätsveranstaltung zugunsten bei Demonstrationen Verhafteter, welche mit Ordnungsstrafen zu rechnen haben, die zwischen 500 und 5000 Mark liegen. Bekannte Musiker, Liedermacher und Kabarettisten bestreiten mit kühnen aktuellen Beiträgen den Abend, Grafiken werden versteigert. Im Lachen der Leute gewinnt ein Stück menschlichere Zukunft an Boden. Die Reise in die DDR ist für mich eine wichtige und gute Zeit, sie hat mich reicher gemacht durch schöne und herzliche menschliche Begegnungen. Der Gedanke an die DDR und an unsere Reisegruppe lässt in mir ein warmes Gefühl aufsteigen. Ich erlebe die aktuellen politischen Veränderungen deshalb in einem Gefühl der Bezogenheit und Nähe zu den Menschen, die mir begegnet sind.

Die Tagebuchnotizen erschienen erstmals in der Ausgabe 93 der 'Neuen Wege' vom November 1999. Collage: Matthias Klemm, Leipzig



Begleiten und schützen als Menschenrechts- beobachter/-in

Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko
Israel/Palästina, Kenia

INFO-NACHMITTAGE

ZÜRICH Sa, 7. 2. 2015

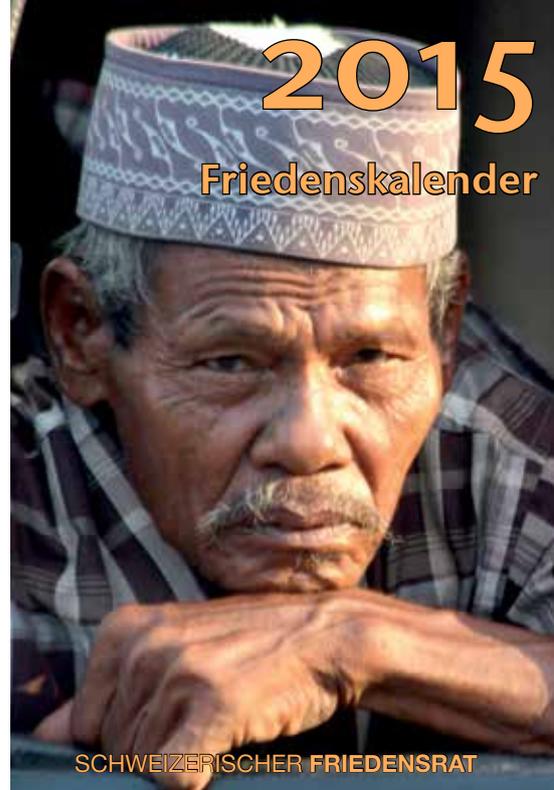
Katholische
Hochschulgemeinde aki
Hirschengraben 86
(oberhalb Central)
13.30 – 16.30 Uhr

BERN Sa, 14. 2. 2015

WWF-Bildungszentrum
Bolwerk 35
13.30 – 16.30 Uhr

PBI-Schweiz, Bern
031 372 4444
info@peacebrigades.ch
www.peacebrigades.ch

PWS, Zürich
044 272 2788
info@peacewatch.ch
www.peacewatch.ch



SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

In eigener Sache

Friedenskalender 2015 mit Fehldrucken

Der Postkarten-Kalender des Schweizerischen Friedensrates, der Mitte Oktober auch an alle **FRIEDENSZEITUNGS**-AbonentInnen verschickt wurde, weist bei einigen Exemplaren einen Fehldruck auf: Das Februar-Monatsblatt ist doppelt vorhanden, dafür fehlt der März. Wer ein solches Exemplar erhalten hat, erhält selbstverständlich einen Ersatz – ein Mail an info@friedensrat.ch genügt und ein vollständiges Exemplar wird Ihnen sofort zugestellt. Im übrigen nehmen wir gerne auch Nachbestellungen entgegen.

Redaktion

Bild Seite 1: Origami-Kraniche, aus Papier gefaltet. In Japan glaubt man, das Falten von 1000 Origami-Kranichen sorgte für ein friedliches und gesundes Leben. Nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945 entwickelte sich das Falten von Origami-Kranichen besonders unter der jungen Bevölkerung zu einer Friedensaktion und einem Aufruf zur weltweiten Abschaffung von Atomwaffen.



Beratungsabende in Zürich

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA führt regelmässig Beratungsabende für Dienstpflichtige zu den Themen Wehrpflicht, Zivildienst, Militär und Tauglichkeit durch. Die Anlässe sind offen für alle, beginnen jeweils am Mittwoch Abend um 19 Uhr. Mitzunehmen sind relevante Unterlagen (Marschbefehl, Verfügungen, etc.) und 20 Franken Unkostenbeitrag.

Details und Daten sind zu finden unter www.civiva.ch/beratung

Fukushima-Spätfolgen: Post von der Armeeapotheke

Nachdem in früheren Jahren bereits 1,2 Millionen Haushalte im Umkreis von 20 Kilometern eines Atomkraftwerkes in der Schweiz eine Packung von 2 x 6 Jodtabletten zugestellt erhielten, wurden diese nun bis Ende November 2014 nicht nur ersetzt, sondern auch der Radius auf 50 Kilometer ausgedehnt, sodass auch Städte wie Zürich, Basel und Luzern in den Genuss dieser behördlichen Massnahme im Angesicht der Fukushima-Katastrophe kamen – insgesamt fünf Millionen Schächtelchen mit dem kryptischen Aufdruck «Kaliumiodid 65 APot» und der Warnung «Ein-

nahme nur auf Anordnung der Behörden», zugestellt von der Armeeapotheke in Ittigen BE.

Die hochdosierten Jodtabletten dienen dazu, Schilddrüsenkrebs nach einem Austritt von Radioaktivität bei einem AKW-Unfall zu verhindern, indem die Schilddrüse mit Jod buchstäb-

lich überschwemmt wird, damit diese kein radioaktives Jod mehr aufnehmen kann. Erbst darüber sind einerseits die AKW-Betreiber, die die Kosten von 20 Millionen Franken übernehmen sollen, andererseits verteilte Greenpeace in eine Million betroffene Haushalte «Wichtige ergänzende Informationen zur Jodtabletten-Verteilung». Darin wird u.a. vermerkt, dass die Jodtabletten am wirksamsten seien, «wenn sie kurz vor dem Durchgang einer radioaktiven Wolke eingenommen werden». Es könne aber nicht garantiert werden, «dass die Aufforderung, die Tabletten einzunehmen, rechtzeitig erfolgt».



FRIEDENSZEITUNG

Die FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES



Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die **FRIEDENSZEITUNG:**

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch